

# Danziger Zeitung.

No 9740.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Betheile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratensaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. Mai. Die Reichsbank hat den Wechselzins auf 3½, den Lombardzins auf 4½ Proc. herabgesetzt.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Brüssel, 17. Mai. Die Kaiserin Augusta ist heute Mittag hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe, wo eine Ehrencompagnie aufgestellt war, wurde sie von den Mitgliedern der königlichen Familie empfangen und von denselben nach dem Schloß, wo ein Gala-Diner stattfand, geleitet. Die Kaiserin wird heute Abend 11½ Uhr die Reise nach Deutschland fortsetzen.

Versailles, 17. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer machte der Deputierte Cassagnac der Regierung den Vorwurf, bei der Ernennung der Maires im Departement Gers einen Druck auf die Wahlen bezweckt zu haben. Der Minister des Innern, Marcère, erwiderte darauf, daß in dem Programm des Ministeriums die Sicherung der Wahlfreiheit die erste Stelle einnehme und daß die in Rede stehenden Veränderungen in der Besetzung der Mairesstellen von der öffentlichen Meinung verlangt worden seien. Der Justizminister Dufaure brachte sodann den Antrag ein auf Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Deputierten Rouvier, der der Vornahme unmoralischer Handlungen angeklagt ist.

Stockholm, 17. Mai. Der Reichstag ist heute durch die Staatsminister im Namen des Königs geschlossen worden. Eine Thronrede ist nicht gehalten worden.

## Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom 17. Mai.

Abg. Windthorst (Meppen) richtet an die Regierung folgende Interpellation: „Beabsichtigt die königliche Staatsregierung, den Säulern des Landtags noch in dieser Session eine Vorlage wegen Unterstützung derjenigen Landestheile einzubringen, welche durch Ueberschwemmungen und sonstige Naturereignisse im verfloßenen Winter bez. im Anfange dieses Frühjahrs so schwer gelitten haben?“ — Minister Graf zu Eulenburg: Noch in dieser Session wird ein zusammenhängender Gesetzentwurf oder getrennte Vorlagen dem Landtage vorgelegt werden, welche die Zustimmung desselben zu Leistungen von Beiträgen aus der Staatskasse an die durch die Ueberschwemmungen in ihrem Haus- und Nahrungszustand Geschädigten bezweckt, ebenso an diejenigen, welche an Rechtsverhältnissen betheiligt sind und die Läden, die durch einen Neubau von Dächern aufgelegt werden, allein zu tragen nicht im Stande sein werden, sowie endlich zur Unterstützung der durch den Bergsturz in Gaus direkt Geschädigten. Was den Gesetzentwurf für die Geschädigten in Gaus betrifft, so ist derselbe soweit fertig, daß er nur noch der allerhöchsten Billigung bedarf. Man aber werden alle diejenigen, die jemals Ueberschwemmungen gelitten haben, davon überzeugt sein, daß es unmöglich ist, auch nur ein annäherndes Bild des wirklichen nachhaltigen Schadens zu gewinnen, bevor die bessernde Hand daran gelegt ist. Dies ist aber im gegenwärtigen Jahre außerordentlich schwierig gewesen, da die Ueberschwemmungen sehr lange gedauert haben, und noch in diesem Augenblicke geben mir Erklärungen seitens der Behörden zu, daß sie völlig außer Stande seien, Bericht darüber zu erstatten, ob an gewissen Orten ein anhaltiger Schaden entstanden sei oder nicht. Ich erinnere nur an die Folge, ob die Acker verlandet und in Folge dessen ihre Besitzer in ihrem Vermögenszustand dauernd geschädigt sind, oder ob die Ueberschwemmung ohne dauernde Beschädigung nur eine vorübergehende war. Darin werden Sie mir wohl Alle bestimmen, daß der bloße Umstand, daß die Acker überschwemmt worden sind, nicht Veranlassung dazu geben darf, dem Besitzer aus Staatsmitteln eine Entschädigung und Unterstützung zu gewähren, sondern es muß eben ein wirklich nachhaltiger Schaden im Haus- und Nahrungszustand des Besitzers entstanden sein und nachgewiesen werden. Wir werden wahrscheinlich während der Dauer des Landtags nicht im Stande sein, diesen Nachweis in bestimmten Zahlenwerthen anzugeben. Wir werden uns nur durch Wahrheitsfindung der Wahrheit nähern können, aber hoffentlich wird der Landtag sich dadurch nicht abhalten lassen, die Staatsregierung zu autorisieren, den Leuten je nach dem berechneten ungefähren Schaden zu Hilfe zu kommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Ankauf und Ausbau der Bahnstrecken Halle-Kassel und Nordhausen-Meißen.

Abg. Berger: In der Budgetcommission ist man darüber einig gewesen, daß der Ankauf der Halle-Kasseler und Nordhausen-Meißener Eisenbahn sich für den Staat durchaus empfiehlt und zwar wesentlich aus drei durchschlagenden Gründen: weil einmal für den Ausbau der Berlin-Böckler Bahn eine erhebliche Ersparnis erzielt werde, weil die Zinsgarantie für die Halle-Kasseler Bahn fortfällt und endlich weil durch den Uebergang der Halle-Kasseler Bahn in das Staats-eigenthum eine große durchgehende Linie in Staatsbahnen von Westen nach Osten hergestellt wird. Nur darüber war man in der Commission verschiedener Meinung, welche Stellung die gesetzgebenden Factoren gegenüber dem Eisenbahnproject Magdeburg-Erfurt einzunehmen hätten. Bekanntlich ließ sich die Magdeburg-Halberstädter Bahn, die seit mehreren Jahren mit der Magdeburg-Leipziger Gesellschaft läuft, von der Regierung die Concession zum Ausbau der Bahn Magdeburg-Erfurt ertheilen. In Folge einer notwendigen Aenderung des Projectes der Berlin-Böckler Bahn hat nun die Regierung mit der Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft sich dahin geeinigt, daß die letztere die in dem Tractus der Magdeburg-Erfurter Bahn liegende Strecke von Sandersleben nach Sangerhausen an den Staat abtritt. Mehrere Mitglieder der Budgetcommission waren der Ansicht, daß dieser Erwerb eines integrierenden Bestandtheils der Magdeburg-Erfurter Linie seitens des Staats einen Vorwand der Magdeburg-Halberstädter Bahn als Concessionärin gebe, von diesem Project ganz zurückzutreten. Die Commission einigte

sich in der Annahme einer Resolution, welche die Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Pflichten in Bezug auf die Herstellung der genannten Bahn anhalten soll. Die Commission beantragte daher: 1) dem Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf und Ausbau der Bahnstrecken Halle-Kassel und Nordhausen-Meißen in nachstehender Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; 2) die Staatsregierung aufzufordern, die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur halbjährigen Herstellung der Bahn Magdeburg-Erfurt anzuhelfen.

Abg. Weber (Erfurt): Ich will nur im Anschluß an die Resolution die Anfrage an den Handelsminister richten, was er zu thun gedenkt, um die Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Pflicht wegen Herstellung der Magdeburg-Erfurter Bahn zu zwingen. Es kann doch für den Staat gewiß nicht gleichgültig sein, wenn von einer Gesellschaft, wie es hier seitens der Magdeburg-Halberstädter geschah, Prioritäts-Stammactien ausgegeben werden, die ausdrücklich zu dem Zwecke bestimmt sind, die genannte Bahn zu bauen und daß hinterher, nachdem diese Actien ausgegeben sind, die Generalversammlung ganz ruhig beschließt, die Bahn nicht zu bauen, so daß die ausgegebenen Prioritäten für ganz andere Zwecke verwendet werden.

Abg. Windthorst (Meppen): So lange ich keine Gewißheit darüber habe, ob in Zukunft das Reich oder der preussische Staat die Eisenbahnen besitzen wird, kann ich meinerseits zu keinem derartigen Unternehmen, wie das vorliegende, meine Zustimmung geben, weil ich sonst dem Reichseisenbahnproject förderlich zu sein glaube. Ich will diesen Plan aber durchaus nicht fördern und muß daher meinen rein negativen Standpunkt festhalten.

Abg. Behrensfennig: Ganz abgesehen von der Frage, ob das Reich oder der preussische Staat in dem Besitze der dominirenden Eisenbahnlinien sich befindet, wird doch die große Mehrheit des Hauses darüber einig sein, daß gewisse große Verbindungslinien, wie es z. B. die Linie Halle-Kassel ist, eine Linie, die das östliche und westliche Staatsbahnnetz in Verbindung setzt, nicht im Privatbesitz bleiben kann, sondern, sei es vom Reiche oder vom preussischen Staate, zu erwerben ist. Die Siftirungspolitik des Abg. Windthorst würde also in keinem Falle zutreffen, ob nun die Eisenbahnen an das Reich übergehen oder nicht. Was die Resolution betrifft, so kann ich dem Handelsminister nur den dringenden Wunsch aussprechen, daß er bei der Ertheilung von Concessionen an Eisenbahngesellschaften stets eine Caution fordern möge, um ein Zwangsmittel in der Hand zu haben, die Gesellschaft zur Ausführung des betreffenden Unternehmens anzuhelfen. Wenn in dieser Beziehung, sowie in Betreff der mangelnden Staatskontrolle über die 10 Mill. Stammprioritäten, welche die Gesellschaft zum Zweck der später nicht ausgeführten Bahn aus gegeben hat, Mängel in dem Actiengezet die Schuld tragen, so habe ich den dringenden Wunsch, daß wir sobald als möglich diese, sowie die anderen bis jetzt hervorgetretenen Mängel unserer Actiengesetzgebung beseitigen.

Handelsminister Achenbach: Zunächst habe ich allerdings meine Vermuthung darüber auszusprechen, daß der Abg. Windthorst das sogenannte Reichseisenbahnproject benutzt hat, sich als Gegner der Vorlage zu bekennen. Da er früher für die Linie Berlin-Böckler stimmte, sogar sich für das Zustandekommen dieser Anlage interessirte, muß er doch kein Gegner der Ausdehnung des Staatseisenbahnnetzes sein, im Gegentheil davon ausgehen, daß es im Interesse des Staates liege, in den Besitz dominirender Linien zu gelangen. Wir ist auch persönlich aus der Thätigkeit des Abg. Windthorst in Hannover bekannt, daß er dort ein Anhänger des Staatseisenbahnprojectes gewesen ist. Was den zweiten angeregten Punkt betrifft, so möchte ich erlauben, die üblichen Zeiten, in denen wir ja gegenwärtig leben, zu berücksichtigen. Die Nothlage der verschiedenen Bahnen ist ja kein Geheimniß. Jetzt mit Zwangsmitteln vorzugehen, würde in der That die größten Calamitäten hervorrufen, die jedenfalls nicht in der Absicht des Hauses liegen können. Ich selbst habe die Sache ja übersehen, wie sie augenblicklich liegt. Die Magdeburg-Leipziger Bahn war ihrerseits mit der Ausführung der Linien theilweise vorgegangen, die üblichen Zeiten hinderten sie, mit Energie das Unternehmen zu Ende zu führen, wie es vielleicht zu anderen Zeiten möglich gewesen wäre. Ich kann offen erklären, daß ich voransichtlich augenblicklich mit Zwangsmitteln irgend welcher Art vorzugehen mich nicht veranlaßt sehen werde. Auf der anderen Seite habe ich eine ganz bestimmte Stellung zu dieser Frage bereits eingenommen, ehe die Commission die Veranlassung dazu gab. Als ich erfuhr, daß von der Generalversammlung und vom Verwaltungsrathe beschlossen war, nicht weiter zu bauen, habe ich den Verwaltungsrath und dem Directorium eröffnen lassen, daß ich diese Beschlüsse vollständig ignorieren und auf Ausführung der Bahn dringen würde. Die von den Abgg. Behrensfennig und Weber gewünschte Stellung einer Caution hat nicht die Bedeutung, daß, wenn solche Zeiten, wie die jetzigen, eintreten, die Gesellschaft durch den eventuellen Verlust der Caution genötigt wird, unter allen Umständen mit dem Bau vorzugehen. Es treten Verhältnisse ein, wo der Verlust der Caution ein besseres Geschäft ist, als die Ausführung des Eisenbahnbaues. Die Mittel, die ich besitze, um derartige Bahnen zur Ausführung zu bringen, hier zu erörtern, halte ich mich nicht für befugt, ich kann aber versichern, daß es mir bei gegeben Gelegenheiten — und diese Gelegenheiten treten im Ressort der Eisenbahnverwaltung sehr häufig ein — nicht an Mitteln fehlt, derartige Angelegenheiten zum Abschluß zu bringen. So versichere, daß ich nicht gewillt bin, die betreffende Eisenbahn-Gesellschaft von ihren Verpflichtungen zu entbinden.

Abg. Windthorst (Meppen): Für die Resolution kann ich nach den Erklärungen des Handelsministers nicht stimmen. In Bezug auf den ersten Theil der Commissionsanträge muß ich indes an meiner Auffassung festhalten. Ich habe allerdings in Hannover dafür gethan, daß auch der Staat seinerseits Eisenbahnen baut und sie nicht allein den Privaten überläßt, aber ich bin stets ebenso entschieden dafür gewesen, daß den Privatgesellschaften, die gut fundirt sind, die Möglichkeit ihrerseits zu bauen, nicht allein nicht genommen, sondern erleichtert werde.

§ 1 wird hierauf angenommen. Desgleichen wird ohne Discussion der § 2 (welcher den zum Ankauf der

Bahn erforderlichen Geldebetrag auf 28 500 000 M. festsetzt), sowie die §§ 3 und 4 des Gesetzes und schließlich die von der Commission beantragte Resolution genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie des Staates für die Prioritätsanleihen der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn-Gesellschaft bis auf Höhe von 29 730 000 M. § 1 lautet nach den Commissionsbeschlüssen: „Der Halle-Sorau-Gubener Eisenbahngesellschaft wird die Garantie des Staates für die Verzinsung der von ihr in Gemäßheit der Privilegien vom 18. November 1871 und 17. Juli und 7. August 1872 aufgenommenen Anleihen in Höhe von zusammen 6 910 000 Thlr. = 20 730 000 M., sowie einer noch aufzunehmenden Anleihe bis auf Höhe von 9 000 000 M. nach Maßgabe des begedruckten, unterm 7. Juli 1875 nach der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages hiermit und zwar in der Art bewilligt, daß die Convertirung der Schuldverschreibungen der aufgenommenen Anleihen, sobald es die Staatsregierung verlangt, und unter den von der letzteren festzustellenden Bedingungen zu bewirken ist.“

Abg. v. Tempelhoff: Bei der hier fraglichen Bahn sind nach dem Berichte der Eisenbahn-Untersuchungscommission die allerhöchsten Dinge vorgekommen; ich bin deshalb durchaus nicht geneigt, irgend einen der dabei Betheiligten zu unterstützen. Ueber die Unterbringung der Prioritäten der Bahn enthält jener Bericht leider nichts, und ich hätte, um die Verhältnisse genau kennen zu lernen, gern die Acten der Untersuchungscommission — der gedruckte Bericht ist ja nach der Angabe des Abgeordneten Becker kein vollständiger — eingesehen, der Handelsminister hat mir aber die Einsicht verweigert. Man stellt die Befürchtung auf, die Eisenbahn werde ohne die Annahme der Vorlage sich gezwungen sehen, den Betrieb einzustellen, und daraus würde ein großer wirtschaftlicher Schaden entstehen. Sind aber, wie man auf der anderen Seite sagt, Concurrenten vorhanden, welche die Bahn gern übernehmen würden, wenn der Staat es nicht thut, so existirt doch keine Gefahr für die Unterbrechung des Betriebes. Daß der Staat finanziell bei Annahme der Vorlage gut fahren wird, ist nicht wahrnehmlich. Einen großen Theil der Actien hat der Staat erworben, für ihn hat also diese Garantie eine rein formelle Bedeutung. Der Rest der Prioritäten ist meines Wissens in den Händen einer großen Gesellschaft, die Folge würde also nur sein, daß man diesem Institute einen unberechtigten Gewinn zuwenden würde. Selbst wenn feststünde, daß nicht die mindeste Unregelmäßigkeit bei Begebung der Actien stattgefunden hat, würde ich große Bedenken haben, der Vorlage zuzustimmen. Es gehen aber Gerüchte, daß die dabei stattgehabten Manipulationen wesentlich zu dem Verfall der Bahn beigetragen haben. Es wird, mögen diese dunklen Gerüchte begründet sein oder nicht, eine Staatsprämie auf unlautere Geschäfte geleistet.

Abg. v. Benda: Nach meiner Ansicht handelt es sich hier darum, die auf diesem Gebiete geschlagenen Wunden zu heilen, soweit dies im öffentlichen Interesse liegt. Man darf nicht alle Unternehmungen verdammen, weil bei ihrer Entstehung unlautere Hände betheiligt gewesen sind, man darf nicht die Unschuldigen treffen, nachdem bekanntermaßen die Schuldigen sich überall zurückgezogen haben; und zu den Unschuldigen rechne ich die Prioritätsbesitzer dieser Eisenbahn. Alle Mitglieder der Commission waren darin einverstanden, daß es sich um eine annahmeweise werthvolle Bahn handle. Einstimmig herrschte ferner darüber, daß diese Linie in andere Hände, als die des Staates, nicht übergehen dürfe, und daß man die Vorlage nicht ablehnen dürfe, um die Gesellschaft in den Concurse zu treiben und dann aus dem Concurse die Bahn billig zu erwerben. Man war auch darüber einig, daß es wünschenswerth gewesen wäre, die Bahn in freibändigem Ankauf zu erwerben, nur in dem Punkte gingen die Ansichten auseinander, daß die Mehrheit der Commission glaubte, daß der Ankauf der Bahn unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ausführbar sei, daß dagegen die Uebernahme der Garantie und der darüber geschlossene Vertrag nicht den schweren dagegen erhobenen Bedenken unterliege. Sie werden aus dem Berichte erfahren haben, daß unter den günstigsten Bedingungen 42 Mill. M., also 12 Mill. über die Prioritätsanleihe hinaus nöthig sein würden, während der vorliegende Vertrag dem Staate die Möglichkeit eröffnet, das Eigenthum der Bahn nach 15 Jahren für wenig mehr, als für die Uebernahme der Schulden zu erwerben, bis dahin aber über dieselben, was Betrieb und Verwaltung anlangt, mit der ganzen Machtvollkommenheit eines Eigenthümers zu verfügen. Von zwei Möglichkeiten nehme ich die, welche das geringere Risiko mit sich bringt, und darüber, daß dies bei dem zweiten Wege der Fall sei, dürfte bei der Klarheit der Abmachung nicht zu zweifeln sein. Ich würde die Ablehnung der Vorlage für einen schweren wirtschaftlichen Fehler halten.

Abg. Röckerath: Bei der vorliegenden Bahn handelt es sich um eine Erwerbung, welche der Staat machen soll, um sie später dem Reiche in selbstloser Entlassung zu überlassen, und wir haben in Folge dessen für die Zukunft auch auf dieses Rückficht zu nehmen und müssen deshalb um so vorsichtiger der Vorlage gegenüber sein. Ich habe nun alle Gründe, welche für die Vorlage geltend gemacht worden sind, nicht für die Annahme bestimmen können. Es handelt sich darum, ob der Staat, wenn er die Vormundschaft für ein derartiges Unternehmen übernimmt, auf Kosten seiner steuerzahlenden Bürger auch das finanzielle Risiko dafür übernehmen darf oder nicht, und da muß ich mich entschieden für das letztere erklären. Der Staat ist nicht dazu da, um faule Forderungen seiner Bürger zu decken, denn dies kann nur auf Kosten des übrigen Theils seiner Bürger geschehen. Neulich sagte ein nationalliberaler Abgeordneter: „Hört Bismarck hat starke Schultern, um den Eisenbahn-Karren aus dem Schlamm herauszuziehen.“ Nun gebe ich ja sehr gern zu, daß mit Annahme dieser Vorlage der Karren ein gutes Stück aus dem Schlamm herausgezogen wird, aber dies geschieht nicht mit den Schultern des Fürsten Bismarck, sondern auf Kosten der Steuerzahler, und dies kann ich nicht billigen. Außerdem tritt noch hinzu, daß der Vortheil schließlich nur den großen Bankinstituten den wohlhabenden Prioritäts-Besitzern, den Gründern und den Gründerpapieren zu Gute kommen würde.

Abg. Behrensfennig: Der Abg. v. Tempelhoff hat hier fittliche Entrüstung zur Schau getragen über die „beabsichtigte Staatsprämierung unlauterer Geschäfte“, obwohl er doch im Jahre 1874 nebst dem Abg. Windthorst (Meppen) für die Zinsgarantie der Nordbahn stimmte, welche in bedenklichen Manipulationen bei der Gründung keiner anderen Bahn nachsteht. Warum können die Herren von der damaligen Minorität heute nicht für eine gleiche Vorlage stimmen? Für die Majorität war damals bei der Ablehnung nicht die Vorgeschichte der Bahn maßgebend, sondern die Erwägung, daß es sich um eine finanziell nicht rentable und unsolide verwaltete Bahn handele, deren Besitz für den Staat nicht unumgänglich nöthig sei. Wenn hier gleiche Verhältnisse vorlägen, würden wir ebenfalls gegen das Gesetz stimmen. Der Unterschied ist aber der, daß die heutige Vorlage die Präliminarien zu einem Kaufvertrage bedeutet, und ein Ankauf der Bahn ist nothwendig. Der Abg. Röckerath hätte sich vielleicht günstiger über die event. Uebernahme solcher Bahnen durch den Staat geäußert, wenn wir die heutige Vorlage zusammen mit der vorjährigen Vorlage wegen Wülfster-Einschube beraten hätten; denn der Unterschied zwischen der von den Herren im Centrum einstimmig gewährten Zinsgarantie für Münster-Einschube und zwischen der Zinsgarantie für diese Bahn ist folgender. Die Bahn Münster-Einschube ist ein gutes Unternehmen, aber sie ist in General-Entreprise gebaut wie so viel andere Bahnen auch; es haben Unregelmäßigkeiten und Scheinzeichnungen stattgefunden wie bei ähnlichen Unternehmungen, auch ist der General-Entrepreneur in Actien bezahlt. Die Bahn ist sitzen geblieben in Folge des Concurse und hat 350 000 Thlr. Actien zurücknehmen müssen — alles dieselben Geschichten wie bei den übrigen Bahnen mit dem einzigen vom moralischen Standpunkte allerdings in Betracht kommenden Unterschiede, daß man von einem Gründergewinn, wie bei Halle-Sorau-Guben, bei dieser Bahn nichts weiß. Aber wir haben eine Zinsgarantie für diese Bahn gewährt. Warum? weil es ein nothwendiges Staatsinteresse war? Durchaus nicht; wir können die Bahn vollständig entbehren. Gleichwohl gewährte man eine Zinsgarantie, weil die Bahn vor der Gründung des Betriebes stand. Wenn wir hier Nein! sagen, wird zwar kein Concurse eintreten, aber der Staat wird die Bahn andern Leuten überlassen müssen. Der Staat muß aber in den Besitz dieses wichtigen Mittelgutes zwischen den östlichen und westlichen Staatsbahnen kommen, gleichviel ob das Reichseisenbahnproject sich realisiert oder nicht. Der Abg. Röckerath meint, wenn der Bahn diese Garantie gewährt würde, so würden noch andere hilfsbedürftige Bahnen kommen. Es handelt sich hier nicht um die Hilfsbedürftigkeit der Bahnen, sondern um das Staatsinteresse. Niemand in der Commission — auch die Freunde des Abg. Röckerath nicht — haben behauptet, daß eine Bahn, gelegen wie Halle-Sorau-Guben, später nicht so einträglich sein werde, um 30 Mill. M. nicht zu verzinsen. Wenn selbst für einen Gegner der Vorlage, wie den Abg. Berger, feststeht, daß diese 30 Mill. M. auf jeden Fall gedeckt sind, so fällt jede Beunruhigung der Steuerzahler fort. Bei dem vorliegenden Unternehmen handelt es sich einzig darum, daß wir der Bahn nur unter der Bedingung Garantie geben in Bezug auf ihre Verzinsung, daß wir gleichzeitig ihre ganze Verwaltung in die Hand bekommen für alle Zeit und mit Aussicht auf den künftigen Kauf. Wirklich Bestimmendes gegen die Vorlage ist von den Abgg. Tempelhoff und Röckerath nicht vorgebracht worden, denn die Ausführungen des letzteren, daß die Gründer einzig aus dieser Vorlage Vortheil ziehen würden, könnte er doch füglich der „Eisenbahnzeitung“ überlassen. Die einzigen wirklichen Fragen, um die es sich handelt und die auf Anregung des Collegen Berger von der Commission untersucht worden sind, sind die: Sollen wir die Bahn durch einen Vertrag in Verwaltungsweise, oder sollen wir sofort und direct kaufen, oder sollen wir beides nicht, sondern die Bahn ihrem Schicksal eventuell dem Concurse überlassen? Sollen wir also kaufen? Trotzdem die Rechte, welche der Gesellschaft nach diesem Vertrage verbleiben, eigentlich irrelevant sind, weil der Staat in letzter Instanz Alles entscheidet, so würde ich mich doch, wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, für den directen Kauf entscheiden. Ein fittlicher Unterschied liegt aber nicht darin, ob wir kaufen oder vorläufig nur verwalten. Die Gründe, die aus der Vergangenheit der Bahn herrühren, sprechen ebenso gegen den Kauf wie gegen die Verwaltung. Wir können eine Werthbestimmung für die Bahn jetzt nicht finden, denn jeder Actionär wird sich dagegen sträuben, daß wir nur als Kaufpreis den Betrag der Prioritäten zahlen. Als komme also zu dem Resultate, daß der Kauf augenblicklich auf eine für beide Theile gerechte Weise nicht zu Stande zu bringen ist. Der Staat soll nur geben, was wirklich der Billigkeit und Gerechtigkeit entspricht. Dies kann aber erst geschehen, wenn die Bahn eine längere Zeit unter Staatsverwaltung gewesen ist, unter einer vernünftigen Verwaltung ihre Schulden abgetragen sind und es sich gezeigt hat, was diese Linie zu fördern im Stande ist. Wenn die Betriebs-Ergebnisse eine Reihe von Jahren vorliegen haben, dann erst machen wir einen Kauf, bei dem beiden Theilen Gerechtigkeit widerfährt. Diese Vorlage ist in der That nur der Weg, auf dem wir die Grundlage für den künftigen Kauf gewinnen können. Wenn man aber sagt: wir wollen weder kaufen noch diese Garantie geben, so ist zu erwidern, daß wir diese Bahn nicht dem Concurse überlassen können, weil andere Leute da sind, welche sie haben wollen. Wenn der Staat den Erwerb der Bahn von sich abweist, dann muß er eben die Anderen zulassen, welche die Bahn kaufen oder in Pacht nehmen wollen. Nun, da ist z. B. Rottbus-Großebain in erster Linie. Ich weiß nicht, ob der Abg. Röckerath Rottbus-Großebain etwas näher kennt. Das Directorium von Rottbus-Großebain besteht aus denselben Personen, aus denen der Verwaltungsrath und das Directorium von Leipzig-Dresden bestehen sollen. Leipzig-Dresden ist jetzt in Staatsbesitz übergegangen. Thatsächlich ist Rottbus-Großebain nur ein vorgeschobener Vortheil der Leipzig-Dresdener Eisenbahn, wie aus dem Betriebsvertrag von 1869 hervorgeht. Diejenigen also, welche nicht wollen, daß die Bahn Rottbus-Großebain gebindert werden solle, zunächst Rottbus-Guben und weiterhin Halle-Sorau-Guben zu kaufen, die sprechen damit auch aus, daß ein anderer Staat, der sehr darauf hält, daß wir Preußen oder das Reich irgendwie in



sein Eisenbahnwesen hineinkommen, sich allmählich nach Norden hineinziehen, zunächst bis Guben und Frankfurt a. O., und daß er so allmählich bis nach der Nordsee hinzieht. (Abg. Heiterkeit.) Wer im Besitz dieser Linien ist, der ist vollkommen in der Lage, den gesamten Verkehr von Oesterreich, Galizien und Schlesien hinüberzuleiten, entweder durch die Linien und preussische Sachsen oder durch das Königreich Sachsen, und wenn Kottbus-Guben die Bahn in die Hand bekommt, so ist das letztere die absolute und notwendige Folge. Dem Abg. Röckerath erwiderte ich: der preussische Steuerzahler als solcher ist wahrlich nicht beunruhigt, wenn wir ihm auseinanderlegen, daß ihm seine Actien verzinzt werden, aber der preussische Steuerzahler als Preuze ist schwerlich damit zufrieden, daß wir die Bahn einem andern mächtigen Factor preisgeben, der in Eisenbahnanlagen Gelegenheiten nicht gerade wohlwollend sich benimmt hat. Ich bitte Sie, stimmen Sie für die Vorlage als den einzigen würdigen Weg, um auf eine nützliche und vortheilhafte Weise zu dem Ankauf einer Bahn zu kommen, welche der preussische Staat nicht entbehren kann. (Beifall.)

Abg. Berger: Der Unterschied, daß die Berliner Nordbahn, als von uns eine Zinsgarantie für sie verlangt wurde, sich noch nicht im Betriebe befunden, die Halle-Soraun-Gubener Bahn dagegen sich schon seit zwei Jahren im Betriebe befindet, ist für unsere Entscheidung keinesfalls erheblich. Ebensovienig kann die Zustimmung, die ich dem Projecte der Uebernahme einer Zinsgarantie für die Minister-Entscheidung der Bahn ertheile, für mich ein Präcedenz abgeben. Denn dort handelte es sich nur um eine Garantie von etwa 700 000 Thlr., und auch der Unternehmer Kleiner war, anders als der Unternehmer der Halle-Soraun-Gubener Bahn, lediglich durch unglückliche Finanzoperationen in der Folge in finanzielle Schwierigkeiten gerathen. Der Unterschied, auf den der Abg. Wehrenpennig zu meiner Verwunderung keinen so erheblichen Nachdruck zu legen schien, daß nämlich bei der Bahn Minister-Entscheidung kein Gründergewinn wie bei der Halle-Soraun-Gubener gezogen worden, ist für uns gerade von durchschlagender Bedeutung. Andere Bahnen, so heißt es ferner, werden die Bahn kaufen, wenn wir nicht die Zinsgarantie bewilligen. Die Magdeburg-Leipziger? Die Thüringer? Davon kann keine Rede sein. Kottbus-Großenhain? Der Abg. Wehrenpennig hat sich bemüht, nachzuweisen, daß die Leipzig-Dresdener Bahn mit der letzteren eigentlich identisch wäre. Was ist es denn aber für ein Unglück, wenn das Königreich Sachsen einen Eisenbahnbesitz in Preußen hätte? Ich muß mich wundern, weshalb ein Particularist der Abg. Wehrenpennig sich Sachsen ist doch nicht Oesterreich?

Ich habe den Ankauf der Bahn vorgeschlagen, der auch in der Commission Beifall fand, denn ich sehe nicht ein, warum er nicht ausführbar sein soll. Stammaktionäre, wie Stammprioritätsactionäre werden wohl wissen, daß, wenn sie den Antrag der Regierung, die Bahn zu kaufen, nicht annehmen, sie in den Concurs gehen. In Sachsen wird eine Bahn, die 30 Mill. M. gekostet hat, für 19 Mill. dem Staate verkauft. Ein solches Beispiel kann ich Ihnen zur Beachtung empfehlen. Was wollen Sie, wenn wir die Zinsgarantie bewilligen, später allen den Bahnen sagen, die dann mit einer gleichen Bitte, wie jetzt die Halle-Soraun-Gubener Bahn, kommen werden. (Sehr wahr.) Sie schaffen ein sehr bedenkliches Präjudiz, wenn Sie die Vorlage gut heißen.

Handelsminister Achenbach: Es ist für mich, wenn ich auf meine parlamentarische Geschichte zurückblicke, ein ganz ungewohnter Anblick, mich in Eisenbahnanlagen zu finden. Da wo sonst die Rede davon war, daß Staatsbahnen auszubilden, Angriffe darauf zurückzuweisen, da habe ich immer den Namen Berger unter denjenigen gefunden, die die Regierung in ihren Bestrebungen unterstützten. Ich kann deshalb nur bedauern, daß ich im gegenwärtigen Augenblicke mich im Gegenthe zu ihm befinde. Er hat in seinem Bericht über die Halle-Kasseler Bahnvorlage selbst darauf hingewiesen, daß das Project Halle-Kassel kaum jemals aufgetaucht sei, ohne daß damit die Halle-Soraun-Gubener Bahn in Verbindung gebracht wäre, und er hat zugeben müssen, daß, wenn man das Eine thut, man auch den anderen Schritt unternehmen müsse. Ich verstehe deshalb nicht, wie er uns warnt, ein Präjudiz zu schaffen für alle nothleidenden Bahnen. Ich verstehe namentlich nicht, wie die Zinsgarantie ein solches Präjudiz schaffen sollte und der Kauf nicht. Ich meines Theils würde diesen für weit schädlicher halten. Auch die Behauptung, daß unsere Beschlüsse über die Nordbahn ein Präcedenz geschaffen hätten, das für den vorliegenden Fall maßgebend sein müßte, ist unrichtig. Bei der Nordbahn hatten wir zunächst eine unvollendete Bahn vor uns, namentlich aber ist zu berücksichtigen, daß bei der Nordbahn der Zusammenhang des Staatsbahnsystems gar nicht in Betracht kam; ich habe allerdings früher warnend darauf aufmerksam gemacht, daß ein Unternehmen, wie die Halle-Soraun-Gubener Bahn, notwendigerweise schädlich auf die Verhältnisse des Landes einwirken müßte, aber dieser Rothfand ist nicht der Grund der Vorlage, dieser Umstand bietet der Regierung nur die Gelegenheit, einen Schritt auszuführen, den sie im Interesse des Staatsbahnsystems und auch im finanziellen Interesse für notwendig erachtet. Bei den Ausführungen des Abg. Kasser gegen die Nordbahn war die Vorgeschichte der Bahn nicht allein entscheidend, sondern namentlich das Moment, daß ein solcher Vertrag dem Staate keinen Nutzen bringe. Verträge, wie sie unter dem v. d. Seyditzschen Regime mit Privatbahnen geschlossen wurden, welche der Regierung nur eventuell und auf die Zeit der Verwaltung gab, nannte er eine Don-Quixoterie. Er wies ferner auf den Vortheil hin, welchen große Bankinstitute aus einer solchen Zinsgarantie ziehen würden. Durch die damalige Verhandlung lernte die Staatsregierung, wie sie einen solchen Vertrag zur Zufriedenheit des Staates gestalten müsse. Dieser Vertrag ist keine Don-Quixoterie, und der Vergleich mit dem früheren Vertrage wird ergeben, daß hier ein gerechtes und vortheilhaftes Geschäft gemacht wird. Die dauernde Verwaltung der Bahn wird dem Staate gesichert. Auch die Erwerbung der Bahn nach einem Turnus von Jahren ist dem Staate unter günstigen Bedingungen gesichert. Auch die Actionäre werden gerecht behandelt, denn die Zeit soll darüber entscheiden, ob ihnen eine Entschädigung zugeführt werden soll, oder nicht. Man hat das unklare Verhältniß genannt. Nach meiner Meinung sind sie völlig klar und durchaus nicht geeignet, unbedeutende Hoffnungen bei den Actionären zu erwecken. Nehme ich nun hinzu, daß wir es mit einer vollendeten Bahn zu thun haben, mit einem Zwischengliede in dem Netze des Ostens und Westens, daß wir durch diese Bahn in den Stand gesetzt, nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern öffentliche Interessen im weitesten Sinne des Wortes vertreten, so vermag ich nicht einzusehen, wie dieser Schritt in irgend welche Parallele mit dem halbvollendeten Unternehmen der Nordbahn gestellt werden kann. Der Abg. Röckerath wies darauf hin, wie die von der Regierung verfolgten Interessen lediglich auf Kosten der Steuerzahler wahrgenommen werden. Ich habe bereits erklärt, daß zwar in der nächsten Zeit noch erhebliche Zuschüsse aus dem Staatsfiscal erfolgen müssen, daß aber durch die veränderten Verhältnisse im Jahre 1877 der Zuschuß, wenn nicht ganz beseitigt, so doch auf einen geringen Theil reducirt werden kann. Zieht man in Betracht, wie die Verwaltungskosten sich in den nächsten Jahren verringern und wie die Verzinsung ein geringes Kapital erfordert und wie durch die Vereinbarung mit dem Staats-Eisenbahnen der Verkehr sich wesentlich heben muß, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die augerufenen Steuerzahler nicht

wesentlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Sodann weise ich darauf hin, daß die Steuerzahler doch auch theilhaftig sind bei unseren übrigen preussischen Bahnen, und ihre Prosperität vermehren heißt ja ebenfalls dem Steuerzahler zur Hilfe kommen. Was ist denn in vergangenen Tagen beklagt worden? Daß das preussische Staatsbahnsystem aus einzelnen nicht zusammenhängenden Stücken besteht, und daß es deshalb nicht thöricht war, nach einem Grundriss das ganze Staatsbahnsystem zu verwalten. Diese Vorlage soll die Möglichkeit näher führen, das ganze deutsche Staatsbahnsystem nach einem einheitlichen System zu verwalten, und dies geschieht auch wesentlich im Interesse der Steuerzahler. Gewiss wird auch das Haus das vom Abg. Berger betonte ethische Moment überall berücksichtigen. Aber beim Kauf kommt der Abgeordnete mit seinen ethischen Prinzipien eher in Widerspruch als bei dem Vorlage der Regierung. Beim Kauf wird die Regierung entweder zu viel bezahlen als conto der Steuerzahler, oder der Ankauf wird sich als unausführbar erweisen. Beide Wege möchten wir vermeiden. Wenn der Abg. v. Tempelhoff behauptet, daß diese Vorlage nur einigen großen bei der Sache theilhaftigen Geldinstituten zu Hilfe komme, so bemerke ich, daß diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen sind. Daß ich ihm die Einsicht in die Akten der Untersuchungskommission nicht verstatte habe, geschah einfach aus dem Grunde, daß ja die Commission seiner Zeit selbst Beschluß darüber gefaßt hat, welche Berichte an den Landtag zu geben hätten, und weil ich mich zu Weiterem nicht berechtigt hielt. Wenn aber jemand glauben sollte, daß bezüglich der Prioritäts-Obligationen in den Untersuchungsakten besondere Thatfachen constatirt seien, so kann ich das auf das Bestimmteste verneinen. (Beifall.)

Berichterstatter Abg. Stengel: Ich habe mir die stenographischen Berichte über die Verhandlung der Berliner Nordbahnvorlage kommen lassen und bin erstaunt, wie viele der Herren, die jetzt gegen diese Vorlage sind, damals für die Uebernahme der Nordbahn gesprochen haben.

§ 1 wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 157 Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage stimmt das Centrum, die Polen, die Fortschrittspartei außer Windthorst (Bielefeld), Mohr, Grünhagen, Beerbohm, Petri, Paur, v. Kirchmann. Ferner die altconservativen Abg. v. Basse, v. Tempelhoff, v. Mantuffel und Frhr. v. Nichtebofen, die freiconservativen Abg. Kette, Lubendorff, Graf Königsdorff, und die Neconservativen Buchholz, v. Gaudeser, Frhr. v. d. Goltz, v. Köller, v. Löper-Georgendorf und v. Stubnitz; von den Nationalliberalen endlich Kasser (der während der Abstimmung eingetreten) und Kallenbach. Die Abg. Mühlentopf und Nittel enthalten sich der Abstimmung. — Die §§ 2 und 3 werden hierauf ohne Discussion angenommen. — Nächste Sitzung: Donnerstag.

### Danzig, 18. Mai.

Die gestrige Verhandlung des Abgeordnetenhaus über die Zinsgarantie für die Halle-Soraun-Gubener Bahn, welche Posen und Schlesien in den westlichen Provinzen verbindet, war, abgesehen von der Wichtigkeit der Vorlage selbst, deshalb von so bedeutendem politischen Interesse, weil der Finanzminister, wie durch zuverlässige Mittheilungen bekannt geworden war, im Falle der Ablehnung keinen Augenblick gezögert haben würde, seine Demission zu fordern. Die Gegner, welche die Vorlage im Centrum wie auf der conservativen Seite fanden, kannten diese Sachlage genau, und deshalb stimmten sie, wie sie gestimmt haben. Die Herren im Centrum vergaßen auf einmal, daß das Abgeordnetenhaus auf ihre dringende Bitte im vorigen Jahr der vor dem Banerott stehenden Minister-Entscheidung der Bahn eine Zinsgarantie gewährt hat, obwohl diese Bahn nur von localer Bedeutung ist und es damals in der That zweifelhaft war, ob ihre Erhaltung vom Staatsinteresse geboten sei. Gestern hatte Herr von Schorlemer-Alst, einer der Directoren jener Bahn, allem Anscheine nach gar kein Gedächtniß mehr dafür, mit wie einbringlicher Wehmuth er vor Jahresfrist die Regierung beschwor, die Linie Minister-Entscheidung nicht im Stich zu lassen. Was die Conservativen anlangt, so stimmten 10 von ihnen gegen die Vorlage, darunter beispielsweise v. Tempelhoff, v. Wedell-Malkow, v. Köller, v. Mantuffel, Lubendorff, Kette. Dieselben scheuten sich also nicht, in directen Widerspruch mit jenem Votum zu treten, welches sie 1873 für die Unterstützung der Nordbahn durch staatliche Zinsgarantie abgegeben haben. Damals hinderten die Magnationen der Gröndler sie keineswegs, für die Garantie einzutreten, jetzt sind sie auf einmal zu moralisch geworden, um in gleichem Sinne für die Regierungsvorlage sich zu entscheiden. Der Grund dieses ihres Verhaltens lag natürlich für Alle klar. Sie hatten mit Hilfe der Unwissenheit gewisser Elemente der Provinzial-Vertretungen bereits bei Gelegenheit der Session der Provinzial-Landtage zu Anfang dieses Jahres eine heftige Bewegung gegen den Finanzminister eingeleitet, weil derselbe für 2 Millionen Mark 5procentige Halle-Soraun-Gubener Prioritäten für die Provinzial-Fonds hatte anschaffen lassen. Er war zwar an dieser Anschaffung eigentlich wenig theilhaftig; er hatte von der Seehandlung verlangt, daß sie ihm 4½procentige Prioritäten beschaffe, und diese hatte ihm 5procentige Halle-Soraun-Gubener gekauft. Für vernünftige Menschen war dieser Ankauf indeß nicht bedenklich, denn weder heute noch in Zukunft werden die Betriebs-Verhältnisse der Bahn sich je so schlecht gestalten, daß die Zinsen der für die Provinzial-Fonds erworbenen Prioritäten nicht stets gedeckt werden. Immerhin aber hätten die conservativen Herren, um im Lande nicht abermals Mißtrauen zu säen, im eigentsten Interesse der Provinzial-Fonds für die Vorlage stimmen müssen; denn alsdann wären ja die Provinzial-Donationen jeder Möglichkeit einer Gefahr entrückt worden! Da es sich für sie aber gar nicht um die Interessen der Provinzen, sondern lediglich um den Sturz des constitutionell gesinnten Finanzministers handelte, so stimmten dieselben Herren, welche 1874 mit Ja votirt hatten, 1876 aus Gründen der Moral mit Nein.

Schwerer zu erklären ist, wie ein so großer Theil der Fortschrittspartei in dieser Frage sich von den Nationalliberalen trennen konnte. Es scheint, daß man dort der Nachricht von dem eventuellen Entlassungsgedächte des Finanzministers keinen rechten Glauben geschenkt hat. Consequenter blieb sich hier nur Richter-Hagen, der principiell überhaupt weder Staatsbahnen noch so weitgehende staatliche Eingriffe in das Eisenbahnwesen will, ein principiell sehr einleuchtender Grund, der aber, wie die Verhältnisse heute dastehen, doch nicht mehr mit den Thatfachen, mit denen man rechnen muß, in Einklang zu bringen ist. Aber

der theuer kaufen will, wie der Abg. Berger, der muß doch auch billig garantiren wollen. Sogleich einen Kaufvertrag abzuschließen, wie Berger wollte, war unter vorhandenen Umständen undurchführbar, da sich eine Basis für eine sichere, für den Staat wie für die Actionäre billige Schätzung des Werthes der Bahn augenblicklich nicht finden ließ. Die Bedingungen, unter welchen der Staat die Zinsgarantien gewährt, sind aber an sich schon die Präliminarien zu einem Kaufvertrage; denn die Verwaltung und der Betrieb gehen in die Hände des Staates über, bei allen Differenzen entscheidet der Handelsminister, und der Staat hat das Recht, nach 15 Jahren, nachdem durch den sich sicher allmählich hebenden Verkehr auf der wichtigen Linie seine Vorschüsse sämtlich getilgt sind, die Bahn auf Grund einer gerechten und zuverlässigen Berechnung, nämlich auf Grund des fünffachen Betrages der Ertragnisse der letzten vier Jahre zu erwerben.

Besonderes Gewicht wurde von Seiten der Regierung auf die Annahme gelegt, weil es einen Wettkampf zwischen Preußen und Sachsen galt. Die Gesellschaft Großenhain-Cottbus, die auf's engste mit der Posen in den Besitz der sächsischen Regierung gelangten Leipzig-Dresdener Bahn verflochten ist, hat der Gesellschaft Halle-Soraun-Gubener bereits im vorigen Jahr die Abnahme von 1 700 000 Thlr. der bisher nicht bezogenen Prioritäten Lit. C. angeboten, wenn sie dafür nur einen Theil der Strecke in Betrieb bekäme und später erwerben könnte. Sachsen will den Verkehr von Galizien, Schlesien und Posen durch sein Gebiet führen, die preussische Verwaltung dagegen will diesen Verkehr beherrschen und nördlich von der sächsischen Grenze nach dem Westen leiten können. Der preussische Staat kann nun nicht gut wenn er der Bahn die Zinsgarantie verweigert, gleichwohl sein Aufsichtsrecht dazu mißbrauchen, sie zu verhindern, sich auf andere Weise zu helfen und sie so möglich abzüglich in den Concurs treiben, um sie sodann billig erwerben zu können.

Camphausen erschien bereits zu Anfang der Sitzung im Abgeordnetenhaus und wohnte derselben bis zum Schluß bei. Man wollte bemerken, daß ihn die gleichfalls am Ministertisch anwesenden Staatsminister besonders herzlich begrüßten. Er ergriff nicht das Wort, sondern überließ die Bertheiligung seinem Collegen Achenbach, der gestern außergewöhnlich ruhig und sachgemäß sprach. Man faßt, daß er gleichfalls die Ablehnung der Vorlage als ein Mißtrauensvotum betrachtet hätte. Nach Schluß der Sitzung fand in dem Conferenzsaale ein Ministerrath statt. Die Majorität, mit welcher die Vorlage zur Annahme gelangte, überstieg die Erwartungen um etwa 20 Stimmen.

Auffallend war es, daß während der Verhandlung sich mit großer Bestimmtheit das Gericht im Hause verbreitete, Camphausen habe bereits aus anderer Veranlassung seine Demission eingereicht und es werde daher der Ausfall der gestrigen Abstimmung für seine Stellung gleichgültig sein. Dies Gerücht ist sicher nicht von den Freunden des Ministers ausgeprengt worden. Es entbehrt desselbe für jetzt noch der Begründung. Freilich, unsere gestrigen Nachrichten nicht ohne Unterlage, es sollen dem Finanzminister in letzter Zeit mehrfach Schwierigkeiten entgegengetreten sein, die wohl nicht mit Unrecht mit der Reichs-Organisationsfrage zusammen gebracht werden. Die Differenzen haben indeß bereits ihre Ausgleichung gefunden, die Schwierigkeiten sind vorläufig geendet. Auf wie lange, das wird die nächste Zukunft lehren. Es können die Differenzen ja um so eher wieder auftreten, da Camphausen als ein Mann bekannt ist, der nicht an seinem Portefeuille hängt, der dasselbe nur so lange behalten wird, als die Bedingungen für eine erfolgreiche und mit seinen Ueberzeugungen harmonisirende Thätigkeit gegeben sind. Er ist wie Delbrück kein „Hofmann“. Im Ganzen bedarf die Situation noch sehr dringend der Klärung und es wäre alles Andere besser und weniger demoralisirend, als die Fortdauer dieses Zustandes, dieses Versteckspiels aller möglichen Elemente. Den liberalen Parteien legt die Lage die ernste Pflicht auf, geschloffen und wachsam vorzugehen.

Nachdem wir dies geschrieben, geht uns noch aus Berlin kurz vor Schluß der Session ein Privat-Telegramm zu, wonach alle Nachrichten über Camphausens Entlassung unbegründet sind. Als das Ergebnis der Berliner Conferenzen werden jetzt folgende Beschlüsse bezeichnet: Waffenstillstand von sechs Wochen, Ausführung der von der Türkei angenommenen Androssy'schen Reformen und die zu unternehmende Vermittlung derselben mit den Forderungen der Aufständischen. Hinzugekommen ist in Folge der Vorgänge von Salonichi die Znanpruchnahme der materiellen maritimen Mittel aller Garantemächte zum Schutze der verschiedenen Staatsangehörigen in Salonichi und an den Küsten der Türkei. Der türkische Botschafter Edhem Pascha hat der „A. Z.“ zufolge nicht wie seine Collegen eine Einladung zur Entgegennahme von Mittheilungen erhalten, er ließ sich beim Reichskanzler und bei Herrn v. Bülow anmelden, aber Beide hatten nicht Zeit, ihn zu empfangen.

Trotz aller Dementis wird — wie man aus Wien meldet — in sonst sehr ernsten Kreisen von einer Conferenz der Pariser Tractatmächte gesprochen. Der Sitz dieser Conferenz würde, wie es heißt, Petersburg oder Wien sein, und als die Basis der Verhandlungen hätten die den Mächten mitgetheilten Ergebnisse der jüngsten Berliner Conferenz der leitenden Staatsmänner Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Russlands gelten.

Aus der Türkei werden neue größere blutige Zwischenfälle nicht gemeldet. Die erscheinenden und in Aussicht gestellten Flotten der Mächte scheinen doch nicht ohne Wirkung auf die Befestigung der muhamedanischen Bevölkerung zu sein. Die zuerst nach Salonichi beorderten Kriegsschiffe der Mächte sollen dort bereit kreuzen, daß sie auf der ganzen Küste, wo es erforderlich sein sollte, Schutz und Hilfe bringen können. Ein Telegramm meldet, der „Nautilus“ solle am Eingang der Dardanellen kreuzen. Den Hilfesuchen der Europäer in Konstantinopel, welche nach schützenden Kriegsschiffen verlangen, stehen bekanntlich in gewissem Sinne die Paragraphen des Vertrags von 1856 entgegen, welche fremden Kriegsschiffen den Eintritt in die Dardanellenstraße und in den Bosporus verlagern. Von französischer Seite wünscht man,

so lange es angeht, diese Bestimmungen nicht formell zu verletzen; mehr und mehr aber macht sich der Gedanke geltend, daß bei steigender Gefahr auf die wirksame Nähe der Fregatten mehr Werth zu legen sei, als auf strenge Innehaltung des ohnehin durchlöchernten Pariser Vertrags.

Auch in anderen muhamedanischen Gebieten scheint es zu gähren. Die „Debats“ entnehmen einem officiellen Consularberichte aus Tunis vom 9. Mai, daß ein Muselman einen jüdischen Kaufmann tödtete, worauf die Juden den Leichnam unter Nachgefangenen in der Stadt herumtrugen.

### Deutschland.

Δ Berlin, 17. Mai. Der bisherige Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Delbrück, der sich im besten Wohlfsein zu Paris befindet, kehrt am 28. d. M. hieher zurück und es dürfte am vorletzten oder letzten Tage dieses Monats die letzte Sitzung des Bundesrathes unter seinem Präsidium stattfinden. Sein Nachfolger übernimmt die Geschäfte mit dem 1. Juni und hat dazu bei seiner letzten Anwesenheit bereits Vorkehrungen getroffen. Wie wir zuverlässig erfahren, werden die bisher dem Präsidenten unterstellten Abtheilungen des Reichskanzleramts für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen schon jetzt direct unter den Reichskanzler gestellt, während weitere Bestimmungen über die Organisation dieser Ressorts dem nächsten Herbst vorbehalten sind. Der Unterstaatssecretär im preussischen Justizministerium Dr. Friedberg ist übrigens derselbe, ist bekanntlich Bundesrathsmittglied) wesentlich bei den Arbeiten der Justizabtheilung theilhaftig. — Dem Vernehmen nach liegt es im Plane an der Hand der Resultate der letzten Volkszählung die durch dieselbe gemachten bedingte Revision der Reichswahlbezirke eintreten zu lassen. Es erscheint indessen fraglich, ob es noch möglich sein wird, bis zu den nächsten Wahlen diese Absicht auszuführen. — Das jüngst erwähnte Gesetz über die Untersuchung von Seeunfällen beschäftigt lebhaft die Ausschüsse des Bundesrathes, da sich Verbesserungsvorschläge von allen Seiten mehrten. Das Gesetz soll jedenfalls den Reichstag in seiner nächsten Session beschäftigen. — Die Angelegenheit wegen Erbauung des Reichstagshauses ist nun auch wieder in Fluß gebracht und bildet in den letzten Tagen den Gegenstand der Erwägung an entscheidender Stelle. Die Commission hatte mit den unerhörtesten Forderungen hiesiger Grundbesitzer zu kämpfen, hofft indessen, dem Reichstage doch annehmbare Vorschläge machen zu können.

— Einem von dem Ober-Tribunal durch den Plenarbeschuß vom 15. December 1856 angenommenen und seitdem auch in der Gerichtspraxis allgemein anerkannten und befolgten Grundsatz zufolge ist nach preussischem Rechte die Entscheidung des Strafrichters über eine zur Untersuchung gekommene strafbare Handlung für den Civilrichter, welcher über einen Entschädigungsanspruch zu erkennen hat, in seiner Beurtheilung der Beweisfrage hinsichtlich der zur Begründung dieses Anspruchs dienenden Thatfachen insommt nicht maßgebend, als besondere gesetzliche Bestimmungen nicht das Gegentheil rechtfertigen. Auch das Reichs-Ober-Handelsgericht ist in mehreren Entscheidungen und neuerdings in einem Erkenntniß vom 26. April d. J. von demselben Grundsatz ausgegangen und hat anerkannt, daß die Feststellung des Kriminalrichters den Civilrichter nicht binden, derselbe vielmehr berechtigt ist, die Ergebnisse der Kriminaluntersuchung einer selbstständigen Prüfung zu unterwerfen und zu ermessen, ob nicht eine Partei, ungeachtet ihrer Freisprechung im Kriminalverfahren, dennoch nach irgend einem Gesichtspunkte des Civilrechts verantwortlich sei.

\* Der Ober-Tribunal-Rath Hahn ist zum richterlichen Mitgliede des Reichs-Eisenbahn-Amtes, der Kammergerichts-Rath Detmann zum stellvertretenden richterlichen Mitgliede dieser Behörde und der seitherige Reg.-Rath bei der General-Commission zu Breslau Glazet zum Geh. Reg.- und vortragenden Rath im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ernannt worden.

Bremen. Der hiesige Baumwollhandel, der im Vergleich zu Havre und Liverpool stark zurückgegangen ist, soll gehoben werden durch Einführung von Lagerhauscheinen (Warrants) und Barzahlung oder kurzen wechselfähigen Credit. Eine Gesellschaft zur Errichtung eines Lagerhauses ist in Vorbereitung, und ein paar der hiesigen Banken sind bereit, auf Lagerhauscheine Darlehen zu geben.

München, 15. Mai. So eben ist hier ein Telegramm eingetroffen, daß Dr. Rühlmann, Director der türkischen Eisenbahnen, ermordet worden sei. Dieser noch junge Mann war ein Münchener, früher Advocat und ein eifriger Führer der liberalen Partei, zuletzt auch Abgeordneter für München im bayerischen Landtag. Er hatte eine Tochter des Dichters Oskar v. Redwitz zur Frau.

Strasburg i. E., 17. Mai. Die zweite Session des Landesausschusses wurde heute in Anwesenheit fast sämtlicher Mitglieder durch eine Ansprache des Oberpräsidenten v. Möller eröffnet, welche der Alterspräsident Feurer (Saarunion) mit einem Rückblicke auf die geistlichen Resultate der ersten Session und dem Ausdruck des vollsten Vertrauens zur Regierung beantwortete. Es folgte darauf die Wahl der Bureau. Schlumberger (Gasweiler), der schon in der vorigen Session als Präsident fungirte, wurde mit 26 von 28 Stimmen wieder zum Präsidenten, Jörn v. Bulach aus Dinslaken mit 20 Stimmen zum Vice-Präsidenten gewählt. — Wie es an einzelnen Stellen heißt, ist die Hoffnung vorhanden, daß der Kaiser Wilhelm in diesem Sommer dem Elsaß einen Besuch abstatten wird. (W. Z.)

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Mai. Die auf den 30. d. M. anberaumte gewesene Generalversammlung der Lombardischen Eisenbahn findet nach einer Meldung der „Presse“ wegen ungenügender Actiendeponirung nicht statt. Der Verwaltungsrath hat eine neue Generalversammlung auf den 28. Juni ausgeschrieben. (W. Z.)

### Frankreich.

×× Paris, 16. Mai. Bei der Ernennung Marcere's zum Minister des Innern ist es doch



nicht ohne einige Schwierigkeiten abgegangen. Mac Mahon hätte lieber Jules Simon als de Marcère in das Ministerium eintreten sehen, aber gegen diesen Gedanken lehnte sich Dufaure entschieden auf, und der Herzog von Magenta gab nach. De Marcère seinerseits stellte zwei Bedingungen: die erste, daß der von ihm vorbereitete Präfecten- und Unterpräfectenschub unverzüglich zur Ausführung komme; die zweite, daß man ihm gestatte, dem Deputirten Janyé die von ihm selbst innegehabte Stelle des Unterstaatssecretärs zu geben. Beides wurde ihm zugesagt. Der neue Minister ist ein Mann von 47 Jahren, von großem Wuchs, mager, er sieht wie ein Gerichtsbeamter aus und hat in der That die Richtercarrière bis zum Rath am Appellhof in Douai durchgemacht. Unter seinem etwas schroffen Wesen sollen sich, wie seine Freunde versichern, treffliche Charaktereigenschaften verbergen. Marcère gehörte zu den 14 Deputirten, welche im Jahre 1871 beim Zusammentreten der Nationalversammlung das linke Centrum gründeten; man sagt, daß er der Verfasser des letzten, so günstig aufgenommenen Ricard'schen Rundschreibens ist. Sein künftiger Gehilfe Janyé, einer der Vertreter des Departements Lot-et-Garonne, gehört einer etwas schärfer ausgesprochenen republikanischen Richtung an; der „Français“ schilt ihn einen Radicalen und sogar der „Moniteur universel“ kann bei seiner Ernennung eine Anwendung von schlechter Laune nicht unterdrücken. Die günstige Wirkung, welche der Eintritt dieser beiden Deputirten in die Regierung bei den Republikanern der Kammer hervorruft, gab sich gestern schon bei der gewöhnlichen Sonntags-Versammlung der Linken zu erkennen. Jules Ferry hielt dort eine Lobrede auf Ricard, und dann discutirte man die Amnestiefrage. Obwohl mehrere Mitglieder den Wunsch nach einer theilweisen Amnestie äußerten oder zum wenigsten das Ricard-Gunp'sche Verjährungsgezet angenommen wissen wollten, so entschied sich doch die Mehrheit für die Befreiung aller Amnestievorschläge und für den höchst wahrscheinlichen Fall, daß der Justizminister unser Verjährungsgezet seine Zustimmung nicht geben wird, beschloß man, von der Regierung nur das Versprechen zu verlangen, daß die Verfolgung der Theilnehmer des Aufstandes von 1871 von jetzt ab eingestellt werden soll. Jules Ferry setzte in einer zweiten Rede auseinander, daß die Linke sich unter den jetzigen Umständen nicht von dem Ministerium trennen dürfe. Die Amnestiefrage, die heute stattfinden sollte, ist auf morgen verschoben worden, da die Deputirten durch Ricard's Leichenfeier in Paris zurückgehalten wurden. — Die Trauerceremonien folgen einander Schlag auf Schlag; wie man weiß, soll am nächsten Donnerstag der Leichnam Michelet's auf dem Père Lachaise beigesetzt werden. Die „Débats“ rathen heute den Freunden Michelet's dringend, bei dieser Gelegenheit keine lärmende Demonstration zu machen, sondern dem Wunsche der Wittve Michelet zu folgen, welche die Schulen gebeten hat, für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen. Im lateinischen Viertel ist man eifrig beschäftigt, für eine möglichst starke Betheiligung der Studentenschaft zu werben. — Gestern Abend ist ein clericaler Blatt, „la Defense“, das unter dem Patronat Dupanloup's stehen soll, zum ersten Male ausgegeben worden.

#### Italien.

Rom, 16. Mai. Die „Gazetta ufficiale“ veröffentlicht Decrete des Königs, betreffend die Ernennung von 24 neuen Senatoren. Unter den Ernannten befinden sich Artoni Prati, Carlo Mazzacapo, Adolfo Rasponi Dagala, Giuseppe Ferrari, Bella Garaciolo. — Die Deputirtenkammer berathet heute die definitiven Budgetvoranschläge für das Jahr 1876. (W. Z.)

#### England.

\* London, 15. Mai. Königin Victoria und die deutsche Kaiserin besuchten bereits gestern die für das Publikum erst heute eröffnete Ausstellung wissenschaftlicher Hilfsmittel in Kensington. Sie widmeten derselben etwa eine Stunde. Viele Männer der Wissenschaft wurden bei dieser Gelegenheit der Königin vorgestellt und noch mehr wissenschaftliche Seltenheiten von ihr und der deutschen Kaiserin besichtigt. Da jedoch nicht weniger denn 17 000 Gegenstände ausgestellt sind und der Katalog einen stattlichen Band von 600 Seiten bildet, war zum Lesen und Lernen die Zeit gar zu kurz gemessen. Wer es mit dem lesten ernst meint, der wird dieser merkwürdigen Sammlung viele Tage widmen müssen. Das von Meistern verschiedener Fächer zu diesem Zweck ausgearbeitete Handbuch wird dabei als nützlicher, geradezu unentbehrlicher Begleiter mit auf den Weg genommen werden müssen. Daß die beiden hohen Damen sich nicht in ihn vertiefen konnten, liegt auf der Hand. Es war eben nur ein Galabesuch, so zu sagen ein wissenschaftlicher Imbiß ohne Fleischloft.

#### Rußland.

Petersburg, 13. Mai. Die ursprüngliche beabsichtigte längere Reise des Finanzministers ins Ausland — schreibt man der „N. A. Z.“ — wird nicht stattfinden. Die augenblickliche finanzielle Krise und die verwickelte orientalische Frage gestatten nicht, daß Herr von Neuten Petersburg verläßt. Seit einigen Wochen verläuft die Reichsbank Gold, um den Cours zu heben und zu erhalten. Die Zahl der im Umlauf befindlichen Papierrubel hat sich daher bis auf 760 Millionen verringert. Durch seine Ausnahmstellung ist Finnland in die able finanzielle Lage Rußlands nicht hineingezogen worden. Seine Münzeinheit ist die Markka, eine Mark von 25 Kopeken Silber Werth, welche etwa dem Franken entspricht. Bei dem gesunkenen Silberpreise hat die finnlandische Bank die Nothwendigkeit eingesehen, den Goldfuß anzunehmen, und der Kaiser hat bereits befohlen, einen Ausschuß zu ernennen, welcher die Vorlage für diese wichtige Neuerung ausarbeiten soll. Der finnlandischen Constitution gemäß, muß diese Vorlage dem Reichstage des Großfürstenthums vorgelegt werden, welcher sich erst im nächsten Jahre versammeln wird. Da das deutsche Goldsystem sich keinem anderen anschließt, so ist zu erwarten, daß man in Finnland das französische annehmen wird. Es wurden dann wahrscheinlich Goldmünzen zu 20, 10, 5 Mark, eben so vielen Francs entsprechend, geprägt werden. Auch in Rußland wird sich das französische System mit der

Zeit einbürgern. — Die Besorgnisse hinsichtlich der Ernte haben sich gehoben. Starke Regengüsse in den südlichen Gouvernements haben die Trockenheit beseitigt und mit Ausnahme weniger Gegenden ist eine ziemlich gute Ernte zu erwarten. Es kann daher auf eine ansehnliche Ausfuhr von Getreide und anderen Nothprodukten unseres Bodens gerechnet werden. Nur wäre zu wünschen, daß unser Handel von den Zollplackereien befreit würde, welche schwer auf ihn lasten und an deren Beseitigung ungedacht aller Klagen, nicht gedacht wird. Seit einigen Monaten besteht auch die lästige Neuerung, daß auf den Zollämtern für den Empfang jedes auch noch so unbedeutenden und werthlosen Packetes, Stempelgebühren von 40 Kopeken erhoben werden. — Alle diese Mißverhältnisse, welche dem Handel Schaden und daher den niedrigen Cours unserer Papier-Valuta zum Theil mit verschulden, werden erst dann beseitigt werden, wenn, wie in früheren Zeiten, die Handelsverhältnisse einem besonderen Ministerium mit einem fähigen Mann an der Spitze, anvertraut werden.

#### Danzig, 18. Mai.

\* Der Herr Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal kann die von ihm projectirte Reise zur Besichtigung der Meliorationen an der Brahe und am Schwarzwasser, der Landwirthschaftsschule zu Marienburg und der Ueberschwemmungsgebiete an der Weichsel und Nogat jetzt nicht antreten. Nach einer gestern Abend hier angelangten telegraphischen Nachricht ist jedoch diese Reise wegen nicht vorher zu sehender Amtsgeschäfte nur bis auf Weiteres aufgeschoben.

\* Wie man dem Graudenz „Ges.“ aus Marienwerder schreibt, soll das Agitationscomité für die Theilung der Provinz vor einigen Tagen von den Ministern des Innern, der Finanzen und der landwirthschaftlichen Angelegenheiten empfangen worden sein und den Eindruck erhalten haben, als wären die Minister unseren Wünschen günstig gesinnt. Fürst Bismarck, der die Herren nicht empfangen konnte, habe denselben die Versicherung zukommen lassen, er werde diese Sache im Staatsministerium befürworten.

— Die Briefsendungen für S. M. Wiso „Pomerania“ sind bis auf Weiteres nach Wilhelmshaven zu dirigiren. Briefsendungen für S. M. Kanonenboot „Nautilus“ sind bis auf Weiteres nicht nach Singapur, sondern nach Konstantinopel zu dirigiren. — Desgl. für S. M. S. „Riebe“ bis incl. 3. Juni c. nach Kiel, vom 4. bis incl. 9. Juni c. nach Neufahrwasser, vom 10. bis incl. 23. Juni c. nach Kiel, vom 24. Juni bis incl. 10. Juli c. nach Leith (England) via Hamburg, vom 11. bis incl. 22. Juli c. nach Queenstown via Liverpool, vom 23. Juli bis incl. 1. August nach Plymouth und vom 2. bis incl. 13. August nach Portsmouth.

\*\* Polizeibericht. Arretirt wurden: der ehemalige Restaurateur B., weil er in der vergangenen Nacht in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau einbringen wollte, und als ihm dieses nicht gelang, mehrere Fensterhebeln vorläufig einschlug; der 11-jährige Junge T., weil er in mehreren Häusern Materialwaaren verabsorgen ließ, diese ohne Bezahlung ergriff und davonließ. — Gestohlen wurden: dem Händler E. aus St. Albrecht am 9. von seinem Wagen ein schwarzer Ueberzieher; dem Schankwirth H. aus Langfuhr am 13. aus seinem Privatzimmer eine silberne Kapseluhre mit langer silberner Kette; innerhalb der Kapsel befindet sich der Vermerk „Silber & Schatz 1845“ eingeträgt; dem Nagelschmiedemeister R. aus Pelonien in der Nacht zum 17. auf der Straße in Langfuhr wo er eingeschlafen war, ein Bündel mit alten Kleiderstücken. — Der Arbeiter R. schlug am 13. d. M. in t. ufenem Zustande seiner Wirthin die Fenster entgegen und misshandelte dieselbe. — Am 17. d. Mts entfiel durch eine arge Prügellei zwischen den Arbeitern B. und M. auf dem Buchhausplatz und an demselben Tage Abends durch eine Schlägerei zwischen den Arbeitern D. und E. unter dem Johannissthor ein Volksauflauf. — Der Jungmann M. aus Schottland war am 16. Morgens 8 Uhr auf dem Schiffe Elga Ann, welches in der Mottlau liegt, mit Theeren des Tafelwerks beschäftigt; er stürzte dabei 12 Fuß hoch herab und zwar mit dem Kopfe gegen die Maling und sodann in die Mottlau. Er wurde sofort durch einen in's Wasser springenden Matrosen heraus geholt, hat sich aber so schwer verletzt, daß er mittelst Tractirob in's Krankenhaus geschafft werden mußte.

\*\* Neufahrwasser, 18. Mai. Der von der Danziger Schiffsverft und Kesselschmiede-Aktiengesellschaft in Strohbeich (S. Devrient) neu erbaute, für die Hafen- und Bau-Inspection in Neufahrwasser bestimmte Schrauben-Dampfer, welcher bei seinem vor einigen Wochen erfolgten Stapellauf den Namen: „Geheimer Rath Spittel“ erhielt, ist hierher abgeliefert worden und hat in den letzten Tagen wiederholte Probefahrten unternommen. Der Dampfer zeichnet sich aus durch elegante zweckmäßige Formen, solide Construction und comfortable Ausstattung. Die von J. Schichau in Elbing gelieferte Dampfmaschine, eine Compound-Maschine von über 300 indicirten Pferdestärken, ist dem Schiffe ebenbürtig konstruirt und arbeitet vorzüglich. Die Probefahrten haben sowohl in Bezug auf die Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit des zum Schleppen bestimmten Schiffes als auch in Bezug auf die Seetüchtigkeit desselben überaus günstige Resultate ergeben, so daß die Erbauer des Schiffes und der Maschine mit Stolz auf den Erfolg ihrer gemeinsamen Thätigkeit blicken können. — Das Modell des in Rede stehenden Dampfers befand sich übrigens auf der vorjährigen Industrie-Ausstellung in Königsberg, und wurde die Danziger Schiffsverft und Kesselschmiede-Aktiengesellschaft daselbst durch Zuerkennung der großen silbernen Medaille ausgezeichnet.

\* Mehlack, 14. Mai. Die fünf Schulschwester, welche bisher an der hiesigen kath. Mädchenschule unterrichtet, mußten gestern unsern Ort verlassen. Bei ihrer Abfahrt wurde von ihren Freunden noch eine kleine Demonstration in Scene gesetzt. Eine große Menschenmenge hatte sich vor dem Schulhause versammelt. Neunzehn Wagen fuhrten vor dem Hause vor, und eine große Anzahl von Damen gab den Scheidenden das Geleite bis zum Kirchthorflastein.

— Neustadt, 17. Mai. Der hiesige praktische Arzt Dr. Schneider ist zum Kreisphysikus des Kreises Bittow in Pommern ernannt worden.

Bischstein. Nachdem der Bürgermeisterwahl hieselbst die Befestigung der königl. Regierung zweimal verlag worden, hat diese jetzt den Silbsarbeiter im Polizeipräsidium in Königsberg, Herrn Schuchmacher, als commissarischen Bürgermeister hierher geschickt.

Elbing. In der Angelegenheit der „Westpr. Eisenbättengesellschaft“ faßelt man viel über die Autorität jener Artikel, welche für Herrn Ritten so unannehmbar wurden. Soviel scheint — schreibt man der „N. S. Z.“ von hier — wohl festzustellen, daß ein früherer Elbinger Justizrath und ein früherer Elbinger Oberbürgermeister (nicht Selke) ein klein wenig ge-

schürt haben, weil sie mit nicht unbedeutenden Capitallen engagirt gewesen sein sollen. Im Interesse vieler hier am Orte angelegenen Personen, welche bei jenem Geschäft mehr oder weniger theilhaftig waren, liegt es wohl, wenn Hr. R. recht bald gerechtfertigt hervorgehen möchte. Im Interesse der armen Actienbrüder der früheren „Westpr. Eisenbätt.“ liegt allerdings etwas Anderes. Auch in der „Elb. Ztg.“ finden wir ein Kaufgebot nach jenen ausgefallenen Actien. — In derselben Angelegenheit ist, wie der „B. S. Z.“ meldet, am Dienstag bei einem Berliner Bankier Hans-Juchung abgehalten worden, über deren Resultat Näheres noch nicht bekannt geworden ist.

Strasburg. Am Morgen des 13. d. fanden Hirtentreiben die Leiche der Schmiedefrau Kadan aus Lemberg in einem Dorfbrunne bei Aufwiese. Die Leiche hatte am Kopfe verschiedene schwere Verletzungen, die Kleider waren ihr über dem Kopf zusammengebunden und auf der Leiche lagen Steine. Die Kadan hatte am Tage vorher von Aufwiese 2100 M. geholt, und diese waren bei der Leiche nicht zu finden. Es liegt hier also ein Raubmord vor. Denselben begangen zu haben, ist ein junger Mann verdächtig, welcher mit der Ermordeten in einem vertrauten Verhältnisse gestanden haben soll. Derselbe ist gefänglich eingezogen. (B. Z.)

Graudenz, 17. Mai. An dem Pfeiler Nr. 8 unserer Eisenbahnbrücke hat die Baggermaschine bereits ihr Werk vollendet, so daß man am vergangenen Montag mit dem Einrammen der zur Spundwand dienenden Pfähle beginnen konnte. Die großen Eisenhammer der fünf Rammen, von denen drei aus Berlin und eine aus Hamburg hierher geschafft wurden, sind jetzt wieder Tag und Nacht in Bewegung. An dem jenfeitigen Weichselufer ist man augenblicklich nach Fertigstellung des Cementschuppens mit dem Bau eines Mörtelschuppens beschäftigt, in welchem eine bereits angelagte Maschine zur Herstellung des Mörtels aufgestellt wird. So herrscht hüben und drüben und auf dem Strome reges Leben, das noch erhöht wird durch die Thätigkeit des Dampfers „Frankfurt“, der die Aufgabe hat, das nöthige Material, augenblicklich Eisenbahnschienen, zum Bau eines Geleises auf dem linken Ufer, an Ort und Stelle zu schaffen. (Ges.)

Cierpik, 17. Mai. Gestern ist hieselbst ein Raubmord begangen. Ein Mann aus dem Dorfe hatte sich des Morgens nach Thorn begeben, um seine Producte hier auf dem Markte zu verkaufen, und als Hüterin des Hauses war seine Wirthin, eine ältere Frau, allein zurückgeblieben. Diese wurde zwischen 8 und 9 Uhr Vm. von einem Manne überfallen und erschlagen, der dann auf verschiedene Sachen zusammengepackt hatte; bevor er sich jedoch mit diesen entfernen konnte, erschien zufällig ein Nachbar des abwesenden Wirthes, um diesen etwas zu fragen. Bei der Annäherung dieses Nachbarn entsprang unter Zurücklassung der zusammengepackten Sachen der fremde Eindringling, wurde jedoch noch an demselben Tage ergriffen und nach Thorn an das Criminalgericht abgeliefert. Heute hat sich eine Commission zur Section der Leiche und Feststellung der Thatfache nach dem Orte des Verbrechens begeben.

\* Von der Regierung zu Oppeln ist der Ober-Reg.-Rath und Dirigent der Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten, Weithoff, in gleicher Eigenschaft an die Regierung zu Königsberg versetzt worden.

— Von der Versekung des Kreisbierarztes Baudin zu Osterode nach Br. Holland ist Abstand genommen worden.

△ Osterode, 6. Mai. Gestern fand die feierliche Einweihung des hiesigen Schullehrerseminars statt, zu welcher sich Ober-Regierungsrath Krossa und Provinzial-Schulrath Sawitz als Commissarien der Regierung und des Provinzial-Schul-Collegiums zu Königsberg, sowie die Spitzen der hiesigen königlichen und städtischen Behörden, die Lehrer der städtischen Schulen und zahlreiche Schulmänner aus der Umgegend, sowie ein reicher Damenstolz eingefunden hatten. Die Feier wurde um 10 Uhr vor dem Seminar-Gebäude mit einem Choral eröffnet, wonächst Bau-Inspector Brown, der den Seminarbau geleitet, den Schlüssel zum Seminargebäude dem Ober-Reg.-Rath Krossa mit einer kurzen Ansprache übergab. In der Aula sprach nach einem von den Seminaristen ausgeführten einleitenden Gesange Herr Pfarrer Bröske das Gebet, dem ein längerer Vortrag des Herrn Schulrath Sawitz über die geschichtliche Entwicklung des Volksschulwesens folgte. Die hierauf folgende Rede des Hrn. Seminar-Director Hennig fand augenblicklich allgemeinen Anlauf, sowohl bei Lehrern und Schülern, wie im Publikum. Den in die Rede eingeschlossenen Notizen über die Beschaffenheit des Seminars entnehmen wir, daß das Seminargrundstück 2 1/2 Hectaren groß ist und von einem 386 Meter langen Zaune eingeschlossen wird. Das Seminar-Gebäude selbst ist 87 Meter lang und enthält außer den Corridoren, Kellern und Bodenräumen 129 Piecen. Zum Seminar gehört außerdem eine Turnhalle. Die Anstalt ist die 101. ihrer Art in Preußen und für 90 Zöglinge berechnet; 36 sind von dem bisherigen Seminar in Königsberg übernommen, die Aufnahme neuer Zöglinge erfolgt am 16. und 17. d. M. Mit einem Choral wurde die Feier geschlossen. Derselben folgte ein Festessen. Erwähnt sei noch, daß die Anstalt 3 Orgeln, 1 in der Aula, 1 im Musiksaal und 1 in einem Nebenzimmer, sowie 4 Flügel besitzt. — Die hiesige städtische Töchterschule, welche erst zu Michaeli 1874 um eine Klasse erweitert wurde, ist bereits wieder so sehr überfüllt, daß sich die Einrichtung einer 5. Klasse notwendig macht.

— Den Ursulinerinnen in Gnesen ist dieser Tage, nach der „Ost. Z.“, vom Landrath Nollan im Auftrage der Regierung zu Bromberg mitgetheilt worden, daß ihre Ausweisung bevorstehe. Ein Termin der Ausweisung ist bis jetzt noch nicht festgesetzt.

#### Vermischtes.

Stettin, 17. Mai. Am vergangenen Sonnabend ist in der Cantredor Forst bei Gollnow der Förster Verthahn von Wildbienen erschossen worden. — Am Vortage ist im Hossiner Forste der 22-jährige Wildbauer Conrad Schröder mit einem Beile erschlagen und seiner Werthsachen beraubt aufgefunden worden. (M. St. Z.)

— Wie dem „Frankf. Journ.“ aus Baden unterm 9. d. M. geschrieben wird, hat der Stadtrath von Lahr beschlossen, die Bibliothek Freiligraths anzukaufen, da sich auf diese Weise der Gedanke des Jann'schen Vermächtnisses — eine größere Stadtbibliothek zu gründen — am vorteilhaftesten verwirklichen läßt.

Wien. Dr. Heinrich Laube feiert am 18. September d. J. seinen 70. Geburtstag. Aus Anlaß dieses Tages bereitet der Wiener Gemeinderath eine Dotation für einen seinen würdigen Mitbürger vor.

— Vile ist in Aufregung; es ist festgestellt, daß eine sehr giftige indische Schlange, Cobra capello oder Naja genannt, auf dem Bahnhofs zu Lille aus ihrem Behälter, in dem sie von Brüssel an den Zoologischen Garten in Lille expedirt ward, entkommen ist. Der Director des Jardin des Plantes in Paris, Herr Geoffroy Saint-Hilaire, hat einen Beamten mit besonderen Instruktionen versehen, wie man sich der Schlange gegenüber zu benehmen habe — falls man sie findet. Hoffentlich übersteht sie aber diesen wunderbaren Monat Mai nicht, der in Frankreich ebenso luftig ist wie bei uns.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 17. Mai. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine flau. — Roggen loco fest, auf Termine matt. — Weizen 7er Mai 126 1/2 1000 Kilo 214 Br., 213 Gd., 7er Juli-August 126 1/2 211 Br., 210 Gd., — Roggen 7er Mai 1000 Kilo 155 Br., 154 Gd., 7er Juli-August 154 Br., 153 Gd., — Hafer rubig. — Gerste fest. — Rübsen fest, loco 63 1/2, 7er Mai 63 1/2, 7er Octbr. 7er 200 1/2 64 1/2. — Spiritus höher, 7er 100 Liter 100 1/2, 7er Mai 25 1/2, 7er Juni-Juli 36 1/2, 7er Juli-August 37, 7er September-October 38. — Kaffee sehr fest, Umfah 4000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 12.00 Br., 11.90 Gd., 7er Mai 11.90 Gd., 7er August-Debr. 12.20 Gd. — Wetter: Schön.

#### Danziger Börse.

Ämtliche Notirungen am 18. Mai. Weizen loco gefragter, 7er Tonne von 2000 A feingelagert u. weiß 130-135 1/2 218-230 A Br. hochbunt . . . 128-132 1/2 215-220 A Br. hellbunt . . . 125-131 1/2 212-220 A Br. 200-219 bunt . . . 124-128 1/2 204-210 A Br. A bez. roth . . . 128-132 1/2 202-204 A Br. ordinair . . . 113-125 1/2 185-198 A Br.

Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 209 A. Auf Lieferung 126 1/2 bunt Mai-Juni 210 A Br., 7er Juni-Juli 210 A Br., 209 A Gd., 7er Juli-August 212 A bez., 7er August-September 215 A Br., 7er September-October 213 A bez.

Roggen loco höher, 7er Tonne von 2000 A poln. 149 1/2—151 A, inländischer 151—152 A 7er 120 1/2 bez.

Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 148 A. Gerste loco 7er Tonne von 2000 A große 116 1/2 163 A.

Rübsen loco 7er Tonne von 2000 A 7er September-October 290 A Br.

Spiritus loco 7er 10,000 fl. Liter 49,50 A. Wechsel- und Fondscourfe. London, 8 Tage, 20,40 Br., do. 3 Mon., 20,33 Br. Paris, 8 Tage, 80,95 Br. 4 1/2 p. Preuß. Conf. Staats-Anleihe 104,15 Gd. 3 1/2 p. Preuß. Staats-Schuldversch. 93,65 Gd. 3 1/2 p. Westpreussische Pfandbriefe, ritterchaftlich 84,50 Gd., 4 p. do. do. 95,75 Gd., 4 1/2 p. do. do. 101,80 Br., 5 p. do. do. 106,00 Gd., 5 p. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,25 Br. 5 p. Bomanische Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 p. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

#### Danzig, den 18. Mai 1876.

Getreide-Börse. Wetter: kalt, bei ziemlich klarem Luft, Wind: N.

Weizen loco fand am heutigen Markte ziemlich rege Frage bei nicht bedeutendem Angebot und wurden 570 Tonnen zu vollen auch nur 1 bis 2 A 7er Tonne gegen Dienstag höheren Preisen gehandelt, letzteres besonders für die besseren Qualitäten. Bezahlt ist für Sommer- 126 1/2 200 A, 129 30, 130 1/2 2.2, 203 A, blaupigig 129 1/2 185 A, bunt 127 1/2 210 A, hellfarbig 125 1/2 126 1/2 212 A, hellbunt 128 1/2 215 A, hochbunt gelagert 127 1/2, 128 1/2 216 A, 129 30 218 A, 131 1/2 219 A 7er Tonne. Termine fester gehalten. Mai-Juni 210 A Br., 209 A Gd., Juli-August 212 A bez., August-September 215 A Br., September-October 213 A bez., Regulirungspreis 208 A.

Roggen loco gefragter und theurer, inländischer brachte 125 1/2, 126 1/2 157 1/2 A, polnischer 126 1/2 150 A, 123 1/2 152 1/2 A, 124 1/2 155 A 7er Tonne. Umfah 100 Tonnen. Termine ohne Angebot. Regulirungspreis 147 A. — Gerste loco große 116 1/2 zu 163 A 7er Tonne verkauft. — Rübsen Termine September-October 290 A Br. — Spiritus loco wurde zu 49,50 A verkauft.

#### Schiffe-Listen.

Neufahrwasser, 18. Mai. Wind: NW. Angekommen: Mary, Moir, Hartlepool, Cement. Ballyrath, Barth, Copenhagen, altes Eisen. — Bollux, Thorsen, Copenhagen; Dm. Anderson, Holbæk; beide mit Ballast. — Sphyrna, Döfson, Carlström, Steine. — Ascension, Raout, Rotterdam; Jantje Martens, Begtor, Rotterdam; beide mit Schienen. — Star of Peace, Smith, Burrittsland, Kohlen. — Dagard, Romin, Ryllen, Ralksine. — Abalon (SD.), Verde, Antwerpen, Schienen und Güter. — Schenke, Marquering, Harlepool, Kohlen. — Wiebke, Hansen, Rendsburg, Ballast.

Gesegelt: Freiheit, Sommer, Björneborg, Ballast. Schwalbe, Dirks, Wilhelmshafen; Maria, Neumann, Southampton; beide mit Holz. — Britannia, Jenkins, Leith; Juliane Renate (SD.), Hammer, Antwerpen; beide mit Getreide. — Stolz (SD.), Marx, Stettin, nichts in Sicht.

Thorn, 17. Mai. Wasserstand: 7 Fuß — Voll. Wind: W. Wetter: freundlich.

Stromab: Krawski, Meuz, Flotterie, Graudenz, 1 Kahn, 600 St. Steine.

Krupp, Fojans, Warschau, Danzig, 1 Kahn, 1602 St. 2 A Weizen.

Liedke, Fojans, Warschau, Danzig, 1 Kahn, 1333 St. 60 A Weizen.

Kornblum, Fojans, Dösigul, Thorn, 6 Trafen, 126 St. Balken h. S., 2 1/2 Schod Fackholz, 12459 St. Eisenbahnschwellen, 2480 St. Mauerlatten.

Roßbaum, Riesenberg, Dösigul, Danzig, 5 Trafen, 90 St. Balken h. S., 6500 Eisenbahnschwellen, 1171 St. Mauerlatten.

Gelstein, Wambel, Dösigul, Danzig, 17 Trafen, 17679 St. 70 A Weizen, 250 Schod Fackholz, 100 St. Balken h. S., 9500 St. Balken w. S.

Melowski, Lauterbach, Neustadt, Schulz, 4 Trafen, 230 Schod Fackholz, 17000 St. Eisenbahnschwellen, 900 St. Balken w. S.

Biltenroth, B. Holscomtoir, Grammo, Schulz, 5 Trafen, 987 St. Balken w. S., 55 St. Eisenbahnschwellen.

Apik, Löwe, Koszari, Schulz, 7 Trafen, 69 St. Balken h. S., 3526 St. Balken w. S., 2 09 St. Eisenbahnschwellen.

Wiener, Silberberg, Dubiente, Danzig, 3 Trafen, 300 St. Balken w. S., 4200 Eisenbahnschwellen, 113 St. Mauerlatten, 4666 St. 80 A Weizen.

Cohn, Nothenberg, Dubiente, Danzig, 6 Trafen, 10680 St. 30 A Weizen, 5760 St. Balken w. S. Baumgarten, Nothenberg, Dubiente, Danzig, 3 Trafen, 968 St. Roggen, 5533 St. Balken w. S., 110 Schod Fackholz, 400 Eisenbahnschwellen.

Cohn, Münn, Krittische, Ordre, 6 Trafen, 700 St. Balken h. S., 1802 St. Balken w. S., 244 Schod Fackholz, 2093 St. Eisenbahnschwellen, 160 St. Mauerlatten.

Rabstein, Bonzauer, Amsegeda, Ordre, 4 Trafen, 16 3 St. Balken w. S.

Nettig, Kasper, Bobrowitz, Graudenz, 5 Barken 40 0 St. Steine.

#### Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barometer Stand im Par. Anien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
18 8	338,32	+ 5,0	N., mäßig, hell, bewölkt.
12	338,77	+ 6,2	dito







# Beilage zu No. 9740 der Danziger Zeitung.

Danzig, 18. Mai 1876.

## Provinzielles.

Marionwerder, 16. Mai. Seit dem 11. d. ist auf dem Bauplatze der künftigen Unteroffiziers-Schule reges Leben. Wir sagten bereits, daß die Arbeiten mit 20 Mann begonnen werden sollten. Gegen diese sparsame Wirtschaft erhob sich aber gleich am ersten Morgen eine unerwartete Opposition. Kaum waren die aus der Entfernung von einigen Meilen berufenen Arbeiter zur Stelle gelangt, als sich daselbst aus der Stadt eine ansehnliche Zahl Arbeitsleute einfanden und in entschiedener Weise, theilweise mit der Drohung, die Fremden an der Arbeit hindern zu wollen, Beschäftigung verlangte. Der Bauunternehmer hielt es nur für das Beste, dem nicht ganz ungerechtfertigten Verlangen nachzugeben, und so sieht man denn jetzt täglich etwa 50 Menschen emsig und in guter Ordnung Erde graben, fortfahren, aufhäufen und planiren. Seit gestern wird mit großer Beschleunigung ein Bretterhaus aufgeschlagen. — Wegen der großen Zahl von Arbeitskräften und der Masse von Materialien, welche dieser Bau in den nächsten Jahren in Anspruch nehmen würde, hatte der Magistrat, wie berichtet, es für rathsam befunden, schon in diesem Jahr mit dem Neubau des Rathhauses zu beginnen. Von den verschiedenen Auerbietungen, welche der Stadt zu der beschlossenen Aufnahme eines Darlehens gemacht worden waren, wurden die von der Sparkasse in Jüterbog gestellten Bedingungen für die annehmbarsten befunden und von den Stadtverordneten genehmigt. Es handelt sich nur noch um die staatliche Genehmigung, und die Nachsichtung derselben befindet sich bereits auf dem Wege zum Ministerium. So ist die Sachlage, über welche gestern der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattete, und mit welcher er seinen Antrag begründete, der Bau schon in diesem Jahre in Angriff zu nehmen. Es fand sich indessen eine starke Partei, welche den namentlich von Hrn. Rechtsanwalt Jacoby hervorgehobenen Bedenken beipflichtete, mit dem Unternehmen vorzugehen, ehe die Anleihe, welche die Mittel dazu gewähren soll, perfect geworden sei. Vergebens wurde dagegen eingewendet, daß die staatliche Genehmigung keinem Zweifel unterliege, daß die zur Einleitung des Baues erforderlichen Mittel auch vor Erfüllung der letzten Bedingung flüssig zu machen seien, und selbst wenn bei längerer Verzögerung die Jüterboger Sparkasse ihr Anerbieten zurückziehen sollte, in Betracht der anderen der Stadt zugänglichen Hilfsquellen keine Stockung in dem Unternehmen zu fürchten sei, daß endlich nach sachverständigem Urtheil bei einer Vertagung des Baues auf die folgenden Jahre der auf 69 Mark hoch angenommene Kostenanschlag leicht um mehrere Tausende überschritten werden könnte. Der Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit 20 gegen 12 Stimmen verworfen. — In Folge des Anzuges und Häuserkaufs von Seiten vieler ehemaliger Gutsbesitzer ist, wie schon früher angedeutet, hier eine wahre Wohnungsnoth entstanden. Obgleich der Unternehmungsgeist im Baue neuer Privatwohnungen in letzter Zeit etwas reger geworden ist, genügt

derselbe doch noch lange nicht, um dem Bedürfnis zu begegnen. Noch wissen mehrere Beamten-Familien, zum Theil neu anziehende, nicht, wo sie beim Herbsttermin ein Unterkommen finden. Ein projectirter eleganter Neubau ist, ehe man noch an die Ausführung denkt, bereits an zwei Familien vermietet. Auswärtige Bauunternehmer mit eigenen Capitalien könnten, scheint es, wenn sie die nöthigen Arbeitskräfte mitbringen, hier Geschäfte machen. — Das gestrige Concert des Hrn. Musikdirectors P. Teichert aus Königsberg war gut besucht und fand vielen Beifall. — Neben der bekannten Anlage des Hrn. Zimmermeisters Datschewski baut Hr. Privat-Baumeister Horwitz eine zweite Holzschnide-Maschine mit Dampftrieb. Es wird die fünfte Dampfmaschine in Marionwerder sein.

Königsberg, 17. Mai. Oberbürgermeister Selke erklärt in einer Zuschrift an die „K. Hart. Z.“, es sei ihm nie in den Sinn gekommen zu erklären, daß er in der Nichtwahl für das Herrenhaus eine Zurücksetzung sehen würde. Nachdem jetzt die Wahl des Magistrats ohne sein Zutun auf ihn gefallen habe er aber nach reiflicher Erwägung dieselbe abgelehnt. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten ging der Beschluß durch, den Magistrat zur Aufnahme einer Anleihe von 2 450 000 M. (statt der beantragten drei Millionen) zu autorisiren, welche mit 4½ p. jährlich verzinst und mit 1 p. jährlich (der Magistrat hatte jährlich 2 Prozent Amortisation beantragt) amortisirt werden soll. Genehmigt wurden in dieser Sitzung außer den früher genehmigten nach folgende Positionen: 150 000 M. als städtischer Theil der Kosten für die Herstellung der Wege zum und am Raibahnhof der Ostbahn, 200 000 M. für den Bau der Gewerbeschule und 400 000 M. für sonstige Schulbauten, 100 000 M. für den Bau eines Absonderungs-Krankenhauses für Tobsüchtige, sowie für andere in der städtischen Krankenanstalt vorzunehmende neue Einrichtungen. Anstatt der vom Magistrat beantragten 300 000 M. für Neubauten auf dem Stadthofe und für den bei Begebung der Anleihe zu erfahrenden Courseverlust bewilligte die Versammlung nur 100 000 M. Es bleibt für die nächste Stadtverordnetenversammlung also von der Anleihevorlage nur noch übrig, über die Art der Steuer und über das Variable zu berathen. — Zum Maschinenmarkt sind bereits große Transporte von Maschinen und Adergeräthen eingetroffen, die stets sofort nach dem Marktplatz dirigirt werden. So viel man bis jetzt übersehen kann, wird infolge der fast unerwartet reichlichen Anmeldungen der bedeckte Raum sowohl wie auch der freie Platz mit Ausstellungs- und Verkaufsgeschäften vollständig bedeckt sein.

Justerburg, 17. Mai. In der gestern Abend abgehaltenen Sitzung des Gewerbe-Vereins wurde dem Antrage des Vorstandes, an dem Verbandstage der Bildungsvereine der Provinz in Osterode den Verein durch einen Vertreter sich betheiligen zu lassen, Folge gegeben, ebenso die Besichtigung des Verbandstages des gewerblichen Central-Vereins der Provinz Preußen durch einen Abgeordneten beschlossen, jedoch befürwortet, daß demnächst die Zugehörigkeit zu einem dieser beiden

in ihren Zielen wenig verschiedenen (?) Verbände anzuhören habe, und für Reisekosten und Tagesgelde im Ganzen 80 M. bewilligt. (B. u. Br.-Fr.)

Tilsit. Auf der Baustelle der Uhlentis-Brücke und auf den damit in Verbindung stehenden Chausseestrecken herrscht jetzt wieder volle Thätigkeit, nachdem — Dank der thätigen Einwirkung unseres Landesdirectors — der Provinz außer der dotationsmäßigen Summe auch die im vorigen Jahre nicht verausgabten, aber schon angewiesenen Beträge zugegangen sind. Aus dieser Summe von fast 1½ Million M. kommen auch die Mittel zur Fertigstellung des großen Bauwerkes auf der Langsargzer Chaussee, dessen Nichtvollendung für Kreis und Stadt von den empfindlichsten Folgen gewesen sein würde. Auch auf der Eisenbahnbrücke wird gearbeitet. Der letzte Anstrich mit Minium wird ausgeführt.

ok-Mohrungen, 16. Mai. In der alljährlichen Versammlung der alten Schützen am 14. d. auf dem hiesigen Rathhause wurde das diesjährige Schützenfest auf den 3. Pfingstfeiertag festgesetzt, und in den Vorstand die Herren Bürgermeister Schmidt (Schützenmajor), Aderbürger F. Schmidt (Adjutant) und Brauereibesitzer F. Rose (Beisitzer) gewählt. Die Jahresrechnung der Schützenkassen ergab eine Einnahme von 282 M., eine Ausgabe von 30 M. 50 S., dagegen die der Schützenkasse eine Einnahme von 256 M. 50 S. und eine Ausgabe von 271 M. 1 S. — Herr L. Born, Inhaber der Firma C. L. Rautenberg und Verleger des Kalenders „der rebliche Preuße“ starb heute an Herzverweiterung.

Gnesen, 16. Mai. Gestern Nachmittag traf Frhr. v. Massenbach aus Posen hier ein und übernahm die Verwaltung der hiesigen Diocese. Die Uebernahme der Beamten und Bureau erfolgt von heute ab allmählich. (B. Z.)

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt, a. M., 17. Mai. Effecten-Societät. Creditactien 112½, Franzosen 223, Lombarden 61, Galizier 162½, Reichsbank —, 1860er Loose 98½. Riemlich fest.

Bremen, 17. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 11,40 bez., für Juni 11,50, für Juli 11,75, für August-Dezember 12,50. Fest.

Amsterdam, 17. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, auf Termine höher, für Mai —, für Novbr. 310. — Roggen loco und auf Termine höher, für Mai —, für Juli —, für October 194. — Raps für April —, für October 393 fl. — Rübol loco 36½, für Herbst 37½. — Wetter: Schön.

Wien, 17. Mai. (Schlußcourse.) Papierrrente 64,90, Silberrente 69,00, 1854r Loose 105,00, Nationalb. 834,00, Nordbahn 1810, Creditactien 131,80, Franzosen 263,00, Galizier 191,00, Kaschan-Oberberger 98,75, Pardubitzer —, Nordwestbahn 128,00, do. Lit. B. —, London 120,25, Hamburg 58,55, Paris 47,45, Frankfurt 58,55, Amsterdam 99,40, Creditloose 156,00, 1860r Loose

109,00, Lomb. Eisenbahn 68,75, 1864r Loose 130,50, Unionbank 56,00, Anglo - Austria 63,10, Napoleons 9,57, Dukaten 5,65, Silbercoupons 102,70, Elisabethbahn 144,00, Ungarische Prämienloose —, Deutsche Reichsbanknoten 59,12½, Türkische Loose 16,75.

London, 17. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen besser, angekommene Ladungen fest. Andere Getreidearten zu Gunsten Verkäufer. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 3980, Gerste 9540, Hafer 42 580 Orts. — Wetter: Milde.

London, 17. Mai. [Schluß-Course.] Consols 96½. 5 p. Italienische Rente 71½. Lombarden 6½. 3 p. Lombarden-Prioritäten alte 8½. 3 p. Lombarden-Prioritäten neue —. 5 p. Russen de 1871 —. 5 p. Russen de 1872 96½. Silber 53. Türkische Anleihe de 1865 12½. 5 p. Türken de 1869 14. 6 p. Vereinigte Staaten für 1885 104½. 6 p. Vereinigte Staaten 5 p. fundirt 106½. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papierrente —. 6 p. ungarische Schatzbonds 85½. 6 p. ungarische Schatzbonds 2. Emission 83. Spanier 13½. 5 p. Bernauer 19½. — In die Bank flossen heute 389 000 Pfd. Sterl. Plazdiscont 1½ p.

Liverpool, 17. Mai. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 6½, middling amerikanische 6½, fair Dholerah 4½, middl. fair Dholerah 4½, good middl. Dholerah 3½, middl. Dholerah 3½, fair Bengal 4, good fair Broad 4½, new fair Comra 4½, good fair Comra 4½, fair Madras —, fair Bernam 6½, fair Smbrna 5½, fair Egyptian 6½. — Unverändert. Ankünfte ruhig.

Leith, 17. Mai. Getreidemarkt. [Cochrane Bateison und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 1582, Gerste 50, Bohnen 25, Erbsen 267, Hafer 3952 Tons. Mehl 108 Sad. — Fremder Weizen und Hafer 1 s theurer, Mehl unverändert. Wetter: Schön.

Paris, 17. Mai. (Schlußbericht.) 3 p. Rente 67,85. Anleihe de 1872 105,40. Italienische Rente 72,00. Ital. Tabaks-Actien —. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzosen 562,50. Lombardische Eisenbahn-Actien 156,25. Lombardische Prioritäten 225,00. Türken de 1865 12,65. Türken de 1869 72,00. Türkenloose 39,25. Credit mobilier 157. Spanier extér. 13½, do. inter. 12,63. Suez-canal-Actien 733. Banque ottomane 365. Sociétés générales 525. Egypter 233. — Wechsel auf London 25,21½. — Fest und belebt.

Paris, 17. Mai. Productenmarkt. Weizen bebt, für Mai 29,25, für Juni 29,50, für Juli-August 29,75, für September-Dezember 30,75. Mehl fest, für Mai 63,50, für Juni 64,00, für Juli-August 65,00, für September-Dezember 66,50. Rübol weich, für Mai 79,00, für Juli-August 80,25, für September-Dezember 82,75, für Januar-April 84,00. Spiritus weich, für Mai 47,50, für Juli-August 47,75.

Antwerpen, 17. Mai. Getreidemarkt. geschäftslos. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 28 bez. und Br., für



Newport, 16. Mai. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D 87 $\frac{1}{2}$  C., Goldagio 12 $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{5}{30}$  Bonds  $\frac{7}{8}$  1885 114 $\frac{5}{8}$ , do 5 $\frac{1}{2}$  fundirt 117 $\frac{1}{8}$ ,  $\frac{5}{30}$  Bonds  $\frac{7}{8}$  1887 121, Eriebahn 14 $\frac{3}{4}$ , Central-Pacific 108 $\frac{1}{2}$ , Newport Centralbahn 110 $\frac{1}{2}$ . Höchste Notirung des Goldagios 12 $\frac{1}{2}$ , niedrigste 12 $\frac{3}{8}$ . — Waarenbericht. Baumwolle in Newport 12 $\frac{1}{2}$ , do. in New-Orleans 11 $\frac{3}{4}$ , Petroleum in Newport 14, do. in Philadelphia 14, Mehl 5 D. 15 C., Rother Frühjahrssweizen 1 D 34 C., Mais (old mixed) 63 C. Zucker (fair refining Muscovados) 7 $\frac{5}{8}$ , Kaffee (Rio-) 17 $\frac{3}{8}$ , Schmalz (Marka Wilcox) 13 $\frac{3}{8}$  C., Speck (short clear) 11 $\frac{5}{8}$  C. Getreibefracht 7.

Königsberg, 17. Mai. (v. Portatins & Grothe.)  
 Weizen per 1000 Kilo hochbunter 124 $\frac{7}{8}$  215,25,  
 131 $\frac{1}{2}$  218,75 M. bez., rother 133 $\frac{1}{2}$  216,50 M. bez.,  
 — Roggen per 1000 Kilo inländischer 126 $\frac{7}{8}$  158,75  
 M. bez., Mai-Juni 149 M. Br., 148 M. Gd., Juni-

Stettin, 17. Mai.	Weizen	per Mai-Juni
210,00 M.,	per Juni-Juli	211,00 M.,
per September	213,00 M.	per Roggen
per Mai-Juni	146,50 M.,	per September = October
150,00 M. —	Rübböl 100 Kilogr.	per Mai
per September	63,00 M.	— Spiritus loco
8,60 M.,	per Mai = Juni	48,40 M.,
per Juli-August	49,20 M. —	Rübsen
Herbst	290,00 M. —	Petroleum loco
12,30 M. bez.,	per September = October	12 M. Br. —
Schmalz, Wilcox loco	61 M. bez. —	Hering, crown- und fullbrand
48,50 M. bez.,	crown- und Matties	32 M. bez.

**Berlin, 17. Mai.** Weizen loco *per* 1000 Kilogramm 180—225 *M.* nach Qualität gefordert, *per* Mai 211,50—210,50 *M.* bez., *per* Mai = Juni 211,50—210,50 *M.* bez., *per* Juni-Juli 213,50—212,50 *M.* bez., *per* Juli-August — *M.* bez., *per* September-October 214,50—214,00—214,50 *M.* bez. — Roggen loco *per* 1000 Kilogramm 150—169 *M.* nach Qual. gef., *per* Mai 156,00—155,50—156,00 *M.* bez., *per* Mai-Juni 154,50—154,00—154,50 *M.* bez., *per* Juni-Juli 153,00 bez., *per* Juli = August 153,00 *M.* bez., *per* August-September — *M.* bez., *per* September-October 155,50—155,00—155,50 *M.* bez. — Gerste loco *per* 1000 Kilogr. 144—183 *M.* n. Qual. gef. — Hafer loco *per* 1000 Kilogr. 150—195 *M.* nach Qual. gef. — Erbsen loco *per* 1000 Kilogr. Kochwaare 178—210 *M.* nach Qual., Futterwaare 170—177 *M.* nach Qual. bez. — Weizenmehl *per* 100 Kilogr. brutto unverst. incl. Sad No. 0 23,00—27,00 *M.*, No. 0 und 1 26,00

bis 24,50 M. — Roggenmehl *per* 100 Kilogr. —  
 incl. Sad No. G 24,00 — 22,50 M. No. O u. 1 21,50 —  
 20,00 M., *per* Mai 21,25 — 21,15 — 21,20 M. bez., *per*  
 Mai-Juni 21,25 — 21,15 — 21,20 M. bez., *per* Juni-  
 Juli 21,25 — 21,15 — 21,20 M. bez., *per* Juli-  
 August 21,40 — 21,35 M. bez., *per* August-September  
 — M. bez., *per* September = October 21,60 — 21,55 —  
 M. bez., *per* October = November — M. bez. —  
 Leinöl *per* 100 Kilogr. ohne Faß — M. bez. —  
 Rübsöl *per* 100 Kilogr. loco ohne Faß 64,5 M. bez., *per*  
 Mai 65,3 M. bez., *per* Mai = Juni 65,1 M. bez.,  
*per* Juni-Juli 65 — 64,8 M. bez., *per* Juli-August —  
 M. bez., *per* September-October 63,8 — 63,6 — 63,7 M. bez. —  
 Petroleum raff. *per* 100 Kilogr. mit Faß loco  
 27 M. bez., *per* Mai 24,5 M. bez., *per* Mai-Juni —  
 bez., *per* September = October 25,5 M. bez. —  
 Spiritus *per* 100 Liter à 100 p<sup>ct</sup> = 10,000 M. loco  
 ohne Faß 47,3 M. bez., mit Faß *per* Mai 48,5 —  
 47,7 — 48,1 M. bez., *per* Mai-Juni 48,5 — 47,7 — 48,1 M.  
 bez., *per* Juni-Juli 48,6 — 47,8 — 48,2 M. bez., *per* Juli-  
 August 49,3 — 48,6 — 49 M. bez., *per* August-September  
 50,3 — 49,6 — 50 M. bez., *per* September = October  
 50,4 — 49,8 — 50,1 M. bez.

Obgleich heute fast sämtliche Effecten, die überhaupt noch zu den Trägern des Verkehrs gezählt werden können, mehr oder weniger belangreiche Courseinbußen erlitten, so läßt sich trotzdem die Gesamtstimmung keineswegs als matt bezeichnen. Der Druck, der anfänglich auf dem Geschäft lastete, wich in der zweiten Börsenstunde vollständig und mit der sich bessernden Tendenz belebte sich auch nach und nach der Verkehr. Die internationalen Speculationspapiere bewegten sich erst in weichender Richtung, zogen dann aber in den

Coursen wieder an, so daß sie gegen den gestrigen Schluß nur wenig differiren, hiervon machten jedoch Lombarden eine Ausnahme, dieselben hatten ca. 3 M. unter gestrigem Niveau eröffnet und vermochten anfänglich nicht einmal sich auf diesem Stande zu erhalten; später trat allerdings auch hier eine energische Besserung des Courses ein. In Lombarden, auf welche sich das Hauptinteresse der Börse concentrirte, fanden sehr rege Umsätze statt. Von österreichischen Nebenbahnen gingen Galizier bei fester Haltung ziemlich rege um. Die lokalen Speculations-

papiere verhielten sich sehr still und waren auch nur wenig fest. Nach einigen unbedeutenden Schwankungen befestigte sich auch für auswärtige Staatsanleihen die Stimmung, und waren namentlich Oesterreichische 1860er Loose bevorzugt, aber es erkeuten sich auch Silber- und Papierrente bemerkenswerther Beliebtheit. Ebenso zeigten sich Türken und Italiener ziemlich fest, Russische Werthe zogen in den Notirungen etwas an, blieben aber sonst eher vernachlässigt, Preussische Fonds zog überhaupt, aber ebenso wie andere Deutsche Staatspapiere

sehr still. Mehr Beachtung fanden nur einige Brämiensanleihen. Das Geschäft in Eisenbahn-Prioritäten blieb sehr klein; auch war die Haltung nur wenig fest. Der Eisenbahn-Actien-Markt trug eine recht feste Prognose und vielfach schloßen die Notirungen über den gestrigen Schluß-Coursen. Leichte Bahnen still. Banactien unbelebt. Industripapiere meist geschäftlos.

† Zinsen vom Staate garantirt.

[illegible]

Verantwortlicher Redacteur H. Ködner.  
Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Dünzig.